

Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3, 31535 Neustadt

An die
Mitglieder des Niedersächsischen Landtages
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
Postfach 4407
30044 Hannover

Offener Brief vom 1. Mai 2001

Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil

Dokumentation 1

Seite 1 - 39

Auszug aus: ***Die zornigen alten Männer***

Rowohlt, 1979

<i>Inhalt:</i>	<i>Seite</i>
• Axel Eggebrecht, Vorwort (S. 7).....	2
• Ossip K. Flechtheim, Blick zurück im Zorn, Westdeutschland 1945 bis 1960 (S. 29)....	5
• Eugen Kogon, <i>Dreißig Jahre - wohin?</i> (S. 71)	8
• <i>Gespräch mit Heinrich Böll</i> (S. 104)	13
• <i>Wolfgang Abendroth</i> , Haben wir «Alten» noch etwas zu sagen? Sind wir zornig?(143)..	14
• <i>Walter Fabian</i> , Versagen wir zum zweitenmal? Die Bildungsreform, zum Beispiel (165)...	14
• <i>Heinrich Albertz</i> , Über die Aufrichtigkeit in der Politik (S.193).....	22
• <i>Gespräch mit Wolf Graf von Baudissin</i> (S. 203)	24
• <i>Fritz Sänger</i> , <i>Gefährdete Meinungsfreiheit</i> (S. 225)	26
• <i>Bernt Engelmann</i> , Die Deutschen Ein Volk der Dichter und Denker (S. 241)	28
• <i>Jean Améry</i> , In den Wind gesprochen (S. 258).....	28

Axel Eggebrecht:

...„Die drei seit 1945 vergangenen Jahrzehnte waren, verglichen mit der vorangegangenen, eine ruhige, ein 'normale' Zeit. Nur entwickelte sich alles ganz anders, als wir es unmittelbar nach 1945 erwarteten.

Es kam zu Spannungen und Konflikten, welche den Blick auf die so gerade noch überstandene Katastrophe rasch verdeckten. Und so manche Nachwirkungen des Nationalsozialismus wurden gar nicht mehr als solche wahrgenommen, bis auf den heutigen Tag. Das gilt verständlicher Weise besonders für die Jüngeren, denen unsere Erfahrungen fehlen, von jeher haben alte Leute ihre Erfahrungen gern an die ganz jungen weitergegeben. Und schon immer galt es, dabei gewisse Barrieren zu überwinden. Nicht weil junge Menschen etwa eine Abneigung gegen ihre Großeltern gehabt hätten; doch zwischen diesen beiden Generationen stand und steht ja eine dritte, die der Eltern. sie wirken nicht selten als Schranke, bewußt oder unbewußt. Denn begreiflicherweise sind sie nicht eben begeistert, wenn ihre Kinder sich mit ihnen weniger gut verstehen als mit den Großeltern.“ ... (S.8)

... „Nach 1945 entwickelten sich andere Spannungen, als nun diejenigen Eltern wurden, die 1933 jünger als zwanzig gewesen waren. Diese Generation hatte damals, am Ende der Weimarer Ära, nur eine ungenaue Vorstellung vom Krieg und seinen Folgen. Um so nachhaltiger wurde sie durch die 1929 hereinbrechende Wirtschaftskrise geprägt. Das machte sie anfällig für Parolen wie 'Brot und Arbeit'. Als Hitler an die Macht kam, wurden solche Versprechungen scheinbar erfüllt; freilich um den Preis der Aufrüstung für kommende Eroberungskriege. Das haben aber Millionen erst vor Stalingrad und in den Bombennächten des Zweiten Weltkrieges durchschaut.“ ... (S. 9)

... „Fast sofort begann ein allgemeiner Streit darüber, wer denn nun für die Katastrophe verantwortlich zu machen sei. Einer schob es auf den anderen, bis sich schließlich keiner mehr belastet fühlte.

Die Frage, ob es eine Kollektivschuld gäbe oder nicht, erregte die Öffentlichkeit zeitweise in einem heute kaum noch vorstellbaren Maße. Das war natürlich der sicherste Weg, sie schleunigst zu verdrängen.“ ... (S. 10)

... „In unserem optimistischen Überschwank täuschten wir uns. So wollten wir es nicht verstanden haben, daß die Mehrheit der Deutschen von jeher unpolitisch ist. Das hatte sich ja gerade in den Schreckensjahren wieder gezeigt, da wurde viel gemeckert und doch alles geduldig hingenommen. Nun aber waren wir überzeugt davon, unsere eigene kritische Haltung überall in der Bevölkerung wiederzufinden; davon konnte aber nicht die Rede sein. Man hielt uns, wenn wir nach so langem Schweigen endlich offen und öffentlich über den Nazismus sprachen, für rachsüchtig oder opportunistische Helfer der Besatzungsmächte. Eben das waren wir ganz und gar nicht, im Gegenteil, wir opponierten gegen viele Maßnahmen der Militärbehörden, oft mit Erfolg. Und wir dachten nicht daran, als rabiate Jakobiner jeden Nazi zu köpfen - nicht einmal bildlich gesprochen. Nein, heute bin ich ganz sicher, daß wir viel zu versöhnlich waren.“ ... (S. 11 f.)

... „Etwas muß noch gesagt werden. Wir Leute der ersten Stunde wollten niemals Kultur- oder Politfunktionäre werden, dachten überhaupt nicht an den möglichen eigenen Vorteil. Uns erfüllte eine lebhaft und sogar idealistische Zuversicht, wir dachten an einen besseren Staat, an eine wahrhafte Demokratie, soziale Gerechtigkeit, an Freiheit in jedem Sinne des Wortes. Dafür wirkte jeder von uns nach seinen Kräften, angespannt und freudig. Mit Ulrich von Hutten hätten wir ausrufen können: 'O Jahrhundert! O Wissenschaft! Es ist eine Lust zu leben!'

» ...

... „Die Währungsreform wird als Großtat gefeiert, sie gilt geradezu als die wahre Gründung unseres florierenden Wohlstandsstaates. Das trifft zu. Zugleich aber legte die Einführung des neuen Geldes den Keim zu Fehlentwicklungen, die drei Jahrzehnte später nicht mehr zu leugnen sind. Tatsächlich wurde nämlich der Kapitalismus nahezu in vollem Umfang wieder hergestellt, und zwar von vornherein verbunden mit seinen schlimmsten Begleiterscheinungen.

Wer das heute offen ausspricht, macht sich unbeliebt und wird als linker Extremist verfeimt; dennoch ist es wahr. Und was damals geschah, hatte die große Mehrheit des Volkes bestimmt nicht gewollt; am allerwenigsten diejenigen, die nachher, als die Entwicklung nicht mehr aufzuhalten war, ihre eigenen früheren Einsichten vergaßen und, schlimmer noch, vergessen machen wollten.

Ich spreche, wie man schon ahnen wird, vom 'Ahlemer Programm' der CDU, einer programmatischen Erklärung, die Anfang Februar 1947 formuliert wurde. Es lohnt sich, einige Kernsätze aus diesem häufig erwähnten, im genauen Wortlaut aber nur ungenügend bekannten Dokument zu zitieren:

<Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.>

Gefordert wird eine gemeinwirtschaftliche Ordnung, wie sie, so die Denkschrift, vor 1933 in wichtigen Bereichen schon erreicht war. Als Beispiele werden Eisenbahn, Post, Rundfunk, Gas- und Wasserversorgung, Erzeugung von Elektrizität und Teile des Bergbaus genannt. Dann heißt es:

<Die Zeit von 1933 hat zu große Zusammenballungen industrieller Unternehmungen gebracht. Diese bekamen dadurch einen monopolartigen Charakter. Sie wurden für die Öffentlichkeit undurchsichtig und unkontrollierbar... Die zu dem engen Kreis der Vertreter der Großbanken und der großen industriellen Unternehmungen gehörigen Personen hatten infolgedessen eine zu große wirtschaftliche und damit zu große politische Macht.>

Um das zu ändern, wird vorgeschlagen: Konzerne und <ähnliche wirtschaftliche Gebilde, die nicht technisch, sozial oder wirtschaftlich absolut notwendig sind, sind zu entflechten>. Kartellgesetze müssen erlassen werden. Dringend wird die Vergesellschaftung des Bergbaus und der eisen-schaffenden Industrie empfohlen. Außerdem muß das Verhältnis Arbeitgeber-Arbeitnehmer neu geordnet werden; dabei wird an Mitbestimmung gedacht. Schließlich heißt es wörtlich:

<Planung und Lenkung wird auch in normalen Zeiten der Wirtschaft in gewissem Umfange notwendig sein, was sich aus unserer Auffassung ergibt, daß die Wirtschaft der Bedarfsdeckung des Volkes zu dienen hat.>

Planung und Lenkung! Das klingt ja wohl ungemein sozialistisch. Damals wurden also <Freiheit und Sozialismus > von führenden Christdemokraten durchaus nicht als unvereinbare Gegensätze betrachtet. Im Herbst 1947 nannte Konrad Adenauer die Ahlemer Grundsätze einen <Markstein in der Geschichte des deutschen Wirtschafts- und Soziallebens.>

Wir befanden uns also mit unseren Hoffnungen in recht honoriger Gesellschaft; es war kein törichtes Hirngespinnst, wenn wir annahmen, die neue harte Währung werde fortschrittlichen

Prinzipien zugute kommen. Es dauerte dann einige Zeit, bis wir begriffen, was wirklich geschah.

Es stimmt freilich, daß jeder Westdeutsche die gleiche kleine Summe alten Geldes in neues, stabiles umtauschen konnte. Und selbstverständlich war jeder Arbeiter und Angestellte froh, fortan für Lohn und Gehalt wieder sinnvolle Dinge kaufen zu können. Ein wesentliches Moment aber wurde im ersten Freudenrausch nicht erkannt: Es traf gar nicht zu, daß jeder die gleiche Startchance hatte. Wer über irgendwelche handfesten Werte verfügte, war vom ersten Tage an bevorzugt. Er bekam auf vorhandene Warenlager oder Firmennamen, besonders aber wenn er Grund und Boden besaß, sofort Kredit, der dem durchschnittlichen Sterblichen verwehrt blieb. In der Stunde der Währungsreform waren zwei von Grund auf verschiedene Klassen geschaffen. Ohne Übertreibung läßt sich sagen, daß dadurch der Kapitalismus - der ja beispielsweise vom <Ahlemer Programm> so entschieden verworfen wurde - nun wiederum und erst recht fundiert worden war, mit allen seinen Nebenerscheinungen.“ ... (S. 16, ff)

... „Gegen die Wiederaufrüstung gab es keine wirksame Opposition, und dabei hatten sich nach 1945 sämtliche Parteien dagegen hoch und heilig verschworen.“ ... (S. 18)

... „Doch mehr und mehr bedrückten uns die Schattenseiten unserer hochgerühmten Demokratie. Otto Normalverbraucher, die wahrscheinlich bezeichnende Figur der Hungerjahre, verwandelte sich im Eiltempo, aus dem dünnen Jammergestell wurde ein Dickwanst, mit dem Körper verfettete die Seele, mit der Seele auch die Moral.“ ... (S. 18 f)

... „Alte feudale Machtpositionen verfestigten sich, neue wurden binnen weniger Jahre aufgebaut, Riesenvermögen kamen, weiß der Teufel, durch welche Methoden, zusammen - und das alles bewunderte die Allgemeinheit entzückt.“ ... (S. 19)

... „Fatal wirkte es, daß manche dieser NS-Juristen umsattelten und als Anwälte in Prozessen gegen NS-Verbrecher auftraten. Spitzfindig verteidigten sie die schlimmsten Folterknechte und Mordgesellen; es kam sogar zu Provokationen gegen jüdische Zeugen, die als ehemalige KZ-Opfer aussagten. Auch das erregte nur geringes Aufsehen, wie denn überhaupt immer deutlicher wurde: In unserem nahezu judenleeren Lande hielt sich schier unausrottbar ein meist verdeckter Antisemitismus, der sich aber zuweilen schon wieder offen hervorwagte. Ein Gegenstück fand er in jenem aufdringlich propagierten Philosemitismus, wie ihn etwa Zeitungen des Springer-Konzerns pflegten. Objektiv beobachtende jüdische Emigranten, auch jüngere Besucher aus Israel lehnten diese eigentümliche Kameraderie ab; sie trug ja dazu bei, daß noch immer kein selbstverständliches Zusammenleben von Juden und Deutschen zustande kam.“ ... (S. 20 ff)

...“Ich jedenfalls halte den sogenannten Neonazismus heute und wohl noch auf längere Zeit hinaus für keine unmittelbare Gefahr. Ganz andere Kräfte formieren sich gegen Sozialismus, humane Liberalität und radikale Demokratie; und zwar innerhalb der bestehenden Parteien, die insgesamt ihr Gewicht unmerklich nach rechts verlagern. ... Auf diese Weise werden brennende Fragen nicht beantwortet, sondern verdrängt; Entscheidungen werden weitgehend durch Kompromisse ersetzt.“ ... (S. 21)

... „Bedenklich blieb es, daß zwölf Jahre Diktatur nicht so sehr das Verlangen nach bürgerlichen Freiheiten wie vielmehr den alten Untertanengeist gefördert hatten. Nicht selten erinnerte ich mich an Sätze, die Car von Ossietzky in den späten Weimarer Jahren schrieb:

'Die Gleichgültigkeit der Massen am politischen Betrieb ist unbeschreiblich. Und was wäre selbst das bißchen Konsolidierung, auf das immer so stolz gepocht wird, ohne die spornende und peitschende Kraft verhöhnter und gemiedener Außenseiter? Alles mußte erkämpft werden

gegen die kompakte Majorität.“ ... (S. 22)

... „Wir kamen uns fremd vor in diesem unseren Staat, von dem wir uns doch so viel erhofft hatten.“ ... (S. 23)

... „Es geriet ja rasch in Vergessenheit, daß auch die rabiatesten Rebellen, voran Ulrike Meinhof, ziemlich lange Zeit versuchten, mit Argumenten zu wirken; bis sie dann Kaufhäuser anzündeten, zur MP griffen und Banken überfielen.“ ... (S. 23)

... „... die Wurzeln dieses weltweiten Aufstands sollten sorgfältig und ohne Haß erforscht werden - sonst wird der Wahnsinn in immer neuen Formen sich wiederholen.“ ... (S. 23)

... „Wie entstand denn unser Grundgesetz? Beschlossen wurde es von einem Gremium, daß die westlichen Besatzungsmächte einberufen, in das die eben erst entstandenen Länderregierungen und Parlamente ihre Vertreter entsandt hatten. Nun sollte, um überhaupt erst einmal einen Anfang zu machen, ein halbwegs brauchbarer Leitfaden für die kommenden Aufbaujahre beraten und beschlossen werden. Das Ergebnis erhielt den eindrucksvollen Namen 'Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland' datiert vom 23. Mai 1949. Danach erst, im August, wurde der erste Bundestag gewählt. Festzuhalten ist also, daß die Magna Charta der Bundesrepublik keineswegs durch das Parlament beschlossen wurde. Dennoch blieb sie, ursprünglich ein ganz pragmatisches Instrument auf Zeit, bis heute in Kraft; wenn auch mehr als einmal abgeändert und ergänzt, in der richtigen Erkenntnis, daß ein Provisorium nicht ewig dauern kann.

Doch just das wurde und wird der Nation ständig eingebleut. Der hastig zusammengebastelte Notbau soll als Jahrhundertmonument verehrt werden. Die 'Väter des Grundgesetzes' dachten darüber anders.“ ... (S. 25)

... „Noch immer oder schon wieder ist die Zeit aus den Fugen. Wer kittet sie wieder zusammen? Ich sehe mich nach Helfern um. Wenig Vertrauen habe ich in den etablierten Parteien. Noch weniger freilich in solchen, die sich mit lärmenden Anspruch etablieren möchten.“ ... (S. 26)

... „Und unsere Freunde werden uns wieder einmal vorhalten, wir lieferten doch nur faule Ausreden, Beschönigungen, spanische Wände, hinter denen die Mauern weiter bröckeln und modern. Nur Worte. Aber mehr als das Wort haben wir ja nicht. Und als Optimist bin ich, bei aller Skepsis, fest davon überzeugt, daß die Welt auf lange Sicht nur durch das Wort geändert werden kann, geändert werden wird. Nur darf keiner hoffen, daß es noch zu seinen Lebzeiten geschieht.“... (S.27) Eggebrecht Ende

Ossip K: Flechtheim

„Jede Bewertung der Nachkriegsentwicklung Westdeutschlands hängt vom Standpunkt des Betrachters ab. Vergleichen wir etwa die Bundesrepublik von 1959 mit dem Dritten Reich von 1939, mit dem damaligen Rußland Stalins oder auch dem Spanien Francos, so dürfte die Bundesrepublik nicht schlecht abschneiden. Wie sieht es aber aus, wenn wir Westdeutschland an den Erwartungen von 1945, den Möglichkeiten von heute oder gar den Erfordernissen der Zukunft messen? Liest sich die Bilanz nicht auch dann eher negativ, wenn man die Verfassungswirklichkeit mit den Ansprüchen und Aussprüchen der 'Offiziellen' konfrontiert? Muß man da nicht sagen: Gewogen und zu leicht befunden?“ ... (S. 29)

...“Von den Besten im Lande wurde der Zusammenbruch als Chance eines Neubeginns erlebt. Aus den Trümmern sollte eine neue, eine bessere Welt der Demokratie und des Sozialismus erstehen. Aber die Reformen blieben aus. Drei Hindernisse waren es vor allem, die einen dritten Weg jenseits von westlichem Kapitalismus und östlichem Kommunismus versperren sollten: ...“ 1. der kalte Krieg, 2. die materiellen und moralischen Zerstörungen, die Verhaltensraster nach 'altbewährtem' Muster erzwangen und 3. starke alte Traditionen und Muster. (S. 30)

... „Die Entstehung der zweiten deutschen Republik war also von vornherein mit schweren Geburtsfehlern behaftet. Sie verdankte ihre Existenz keiner demokratischen Massenerhebung, sondern der totalen Niederlage und dem Diktat der westlichen Besatzungsmächte. Wie Waldemar Besson richtig erkannt hat, ergab sich der Gegensatz der beiden deutschen Staaten in dieser ersten Phase aus dem Ost-West-Konflikt: 'Die Bundesrepublik wurde in den Stäben Washingtons geplant. Sie sollte an der strategisch entscheidenden Stelle den Damm gegen die kommunistische Flut bilden. Der Antikommunismus war der Bundesrepublik in die Wiege gelegt, ... (S. 31)

... „Nach der Währungsreform wurde in der Wirtschaft das marktwirtschaftliche und oligopolistische 'Ordnungsprinzip' wieder vorherrschend, woran auch die bescheidene Mitbestimmung in den Unternehmen und die beschränkte Demokratisierung des Konsums nichts Wesentliches geändert hat.“ ... (S. 32)

... „Schon 1956 hatte der frühere Mitherausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* Paul Sethe richtig erkannt, 'dieser Staat wird vom Bürgertum, genauer gesagt freilich vom Großbürgertum geführt', während Peter von Oertzen ihn als 'konstitutionelle Oligarchie' charakterisierte. Es war auch keine Übertreibung, wenn man in der Bundesrepublik einen CDU-Staat sehen wollte.“ ... (S. 33)

... „Ungeachtet der eindeutigen Artikel des Grundgesetzes wurde die aktive Mitwirkung der Bürger und ihrer Organisationen am politischen Leben nicht ermutigt, sondern entmutigt. Jegliche kritische oder gar oppositionelle Haltung in den entscheidenden Fragen der Außenpolitik, der Wirtschaftsverfassung, ja auch der Kulturpolitik war stets in Gefahr, als 'staatsfeindlich', 'atheistisch' und 'kommunistisch' diffamiert zu werden. Das Klima dieser Republik war ausgesprochen konformistisch und provinziell; in diesem Pseudo-Biedermeierstaat erschien jeder frischer Wind als lebensbedrohender Orkan.“ ... (S. 34)

...“Der Verfassungsschutz und die anderen Nachrichten- (lies Spionage-)Dienste wurden immer weiter ausgebaut, bis schließlich diese verfassungsrechtliche Stärkung des 'Vater Staat' in der Notstandsgesetzgebung der sechziger Jahre gipfelte.“ ... (S. 35)

... „Auch die dritte Gewalt, die Rechtspflege, obliegt einer Justizbürokratie, die nicht gerade demokratisch bestallt ist und kaum demokratisch kontrolliert wird. Der Laienrichter ist ein fünftes Rad am Wagen, die Position des selbständigen Rechtsanwalts wird ständig schwächer. Im Gegensatz zum Staatsanwalt ist der Richter nach dem Grundgesetz zwar unabhängig, fühlt sich aber in Wirklichkeit - auch aus Karrieregründen - stärker als seine Kollegen in England oder Amerika vor allem dem Staat verpflichtet.“ ... (S. 36)

... „Überhaupt ist sonst noch nie ein nationalsozialistischer Blutrichter vor Gericht gestellt worden (seit 1871, als das Strafgeetzbuch in Kraft trat, ist auch noch nie ein Richter wegen Rechtsbeugung verurteilt worden!).“ ... (S. 37)

... „Aber wo blieb der Aufschrei der Empörung bei den Hochschullehrern und Juristen, als die Bundesregierung in den Entwürfen zu den sieben 'einfachen Notstandsgesetzen' ihre Absicht kundtat, ohne Verfassungsänderung entscheidende Grundrechte wie etwa der Freizügigkeit oder die Freiheit der Arbeit auszuhöhlen oder im Notstandsverfassungsgesetz selber nicht nur die Meinungs- und Pressefreiheit, sondern sogar die Freiheit der Kunst und Wissenschaft, der Forschung und Lehre zur Disposition der Exekutive zu stellen?“ ... (S. 42)

... „In den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs waren die Eliten bereit, unsere 'Schönwetterdemokratie' schließlich zu akzeptieren - im Falle einer ernsten Krise hätten freilich viele ein autoritäres Regime im Stile Francos oder Salazars vorgezogen. Die Demokratie wurde vor allem deshalb hoffähig, weil sie auf die Ideale der klassischen Demokratie - Volksherrschaft gegen die Privilegierten, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, Institutionalisierung dynamischen Wandels - verzichtete.“ ... (S. 43)

... „Abgeordnete aller Parteien einschließlich derjenigen der Opposition konzentrierten sich auf die Detailarbeit an einzelnen Gesetzen, vor allem in den Ausschüssen und hinter den Kulissen, und zwar unter stärkster Mitwirkung der Ministerialbürokratie. Die Zahl der Beamten (die als Mitglieder des Bundestages die Exekutive kontrollieren sollten!) nahm im Bundestag - wie übrigens auch in den Länderparlamenten - stets zu.“ ... (S. 44)

... „Bei der SPD standen zunächst die innerdeutschen Probleme im Vordergrund. In den ersten programmatischen Äußerungen nach dem Ende des Dritten Reiches kam der grundlegende Gegensatz zur bürgerlichen Welt noch schärfstens zum Ausdruck. Die Ideen von Marx und Engels seien unsterblich, insbesondere deren Grundforderung: Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Beseitigung jeder Klassenherrschaft. Noch 1950 analysierte Carlo Schmid in der Manier von Marx die Entfremdung, betonte allerdings auch schon, daß die Partei keine Ersatzkirche und keine 'geistige Heimat' sein könne.“ ... (S. 45)

Die CDU: ... „Da das kapitalistische Wirtschaftssystem der Vergangenheit den Lebensinteressen des Volkes nicht gerecht geworden sei, müsse eine neue Wirtschaftsstruktur gesucht werden. Man steht nicht an zu erklären, diese solle auf einem wirtschaftlichen Sozialismus auf demokratischer Grundlage beruhen oder aber, wie häufiger formuliert wird, auf einem wahren christlichen Sozialismus. Das Privateigentum wurde zwar bejaht, aber 'es hat zu weichen gegenüber einem auch nach ethischen Grundsätzen höheren Recht.'“ ... „Das Ahlener Programm von 1947 spricht sogar ausdrücklich von einer gemeinwirtschaftlichen Ordnung für das deutsche Volk.“ ... (S. 48 f.)

... „Die Kehrtwendung der CDU läßt sich deutlich an den Düsseldorfer Leitsätzen von 1949 ablesen. ... Die neue Konzeption ist die einer 'sozialen Marktwirtschaft', die im scharfen Gegensatz zur Planwirtschaft steht, gleich ob diese zentral oder dezentral, staatlich oder selbstverwaltungsmäßig organisiert ist. Die soziale Marktwirtschaft ist gekennzeichnet 'durch echten Leistungswettbewerb und unabhängige Monopolkontrolle'.“ ... (S. 51)

„Nach 1950 ist eine langsame Akzentverschiebung auch in der Programmatik der Sozialdemokraten festzustellen, ... An die Stelle der altüberlieferten sozialistischen Vorstellung von der Überlegenheit der Planung und Kooperation trat eine beachtliche Aufwertung des Prinzips der Konkurrenz....

Der Gedanke einer Plan- und Gemeinwirtschaft trat zurück hinter der Vorstellung von einer Wirtschaft, die man, was immer sie darstellen möge, als Mischform von Kapitalismus und Sozialismus ansehen kann.“ ... (S. 55)

... „In dem Maße, wie die Erhardsche Wirtschaftspolitik zur Hebung des Lebensstandards der breiten Massen beitrug, geriet die Innen- und Außenpolitik der Bundesrepublik in den Schatten der Wehrpolitik und schien der zentralistische Militärstaat, vor dem die Bayernpartei schon 1958 gewarnt hatte, Gestalt anzunehmen.“ ... (S. 63)

...“Die sogenannte Volkspartei wurde so nolens volens vor allem auch zur Dienstleistungsorganisation und Patronagepartei, die sich nun vor allem auch für die Besetzung des Staatsapparats mit ihren Anhängern interessierte. Kein Wunder, daß sich dann auch die Zusammensetzung der Parteimitgliedschaft veränderte: Während sich der öffentliche Bedienstete und der Postenanwärter nun schon eher in eine politische Partei hineinwagten, verlor derjenige, der in der Partei und mittels ihrer ein umfassendes Programm durchsetzen wollte, zusehens das Interesse an solchen Organisationen, die sich immer mehr bürokratisierten und 'entpolitisierten'. Ging somit der Einfluß der nicht beamteten Mitglieder und unteren Funktionäre zurück, so wuchs deshalb der der Wähler doch nicht entsprechend. Die große Masse der Wähler war bereits weitgehend entpolitisiert und manipuliert, obwohl sie dauernd befragt, umworben und hofiert wurde. Berücksichtigt wurden ihre Meinungen doch meist nur dort, wo sie mit den Wünschen der bestorganisierten und kapitalkräftigsten Interessenverbände, die auch zur Finanzierung zumindest der bürgerlichen Parteien erheblich beigetragen haben, zusammenfielen...

In der Logik dieser Entwicklung lag in der Tat die immer weitergehende Institutionalisierung, 'Konstitutionalisierung' und 'Etatisierung' der großen Parteien, die sich schließlich immer mehr öffentlich-rechtlichen Anstalten oder Körperschaften annäherten.“ ... (S. 65 f.)

...“Der deutsche Hang zum Perfektionismus ist nach wie vor einzigartig; er bedeutet, daß der aufgeblähte und unbewegliche Staatsapparat nicht zuletzt auf Kosten des Individuums, des Nonkonformisten und des Dissidenten operiert und funktioniert.“ ... (S. 67)

Thomas Mann: ...“Schon 1945 hatte dieser angeblich so unpolitischer Dichter zu einer 'sozialen Weltreform' aufgerufen, 'die gerade Deutschlands innersten Anlagen und Bedürfnissen die größten Glücksmöglichkeiten bietet. Weltökonomie ...das Erwachen der Menschheit zum Bewußtsein ihrer praktischen Einheit ... wie sollte all dieser ... soziale Humanismus ...dem deutschen Wesen fremd und zuwider sein?' Schließlich hat der liberale und gemäßigte Sozialist, zu dem er wurde, schon 1937 'einer umfassenden Reform der Besitzordnung und der Güterverteilung, einer Sozialisierung der Rohstoffe .. im Geiste des Friedens' das Wort gesprochen.

Intellektuelle Redlichkeit gebietet festzustellen, daß weder Deutschland noch die Welt seit dem Tode Thomas Manns der Lösung der von ihm aufgeworfenen Problematik erheblich näher gekommen sind - diese ist nun noch dringlicher geworden.“ (S. 70) Ende Flechtheim

Eugen Kogon:

„Ich bin, im Rückblick, auf nichts und niemanden zornig. Über manches, nicht nur dies und jenes, sondern Wesentliches, enttäuscht - ja. Und es gibt Politiker jetzt, die ich, im Vergleich mit denen aus der Anfangszeit der Republik verachte. Mit ihnen hat Auseinandersetzung keinerlei Wert. Sie beherrschen zwar von der demokratischen Szene einiges. (Steht die Sonne tief, werfen die Zwerge lange Schatten, sagt ein arabisches Sprichwort.) Ich kann nicht sagen, wie das noch zu ändern wäre: Wahlen richten dagegen nichts aus, und die Parteiapparate lassen sich nicht reformieren. Man muß versuchen, den Qualifizierten der politischen Klasse in den gesellschaftlichen Bereichen, in denen man Einfluß hat, nach- und zuzuarbeiten, wie es

nur eben geht. Wohin es, außer zum Fortbestand - was ja nun wiederum nicht einfach wenig ist -, führen wird, ist unberechenbar. Wir navigieren in der Entwicklung ohne rechte Zielsetzungen. Aber vielleicht werden sich die jetzt Fünfundzwanzig bis Fünfunddreißigjährigen neu orientieren und die ihnen Nachfolgenden, angesichts dann der unermeßlichen Herausforderungen, denen sie in der Großdrift der industrie wirtschaftlichen Zivilisation werden begegnen müssen.“ ... (S. 71)

... „Heute, dreieinhalb Jahrzehnte nachher in einer Erfolgssituation so sehr veränderter Prägung, erscheint es beinahe als Kuriosität, daß Politiker, Professoren, Publizisten, die den Nationalsozialismus, die Konzentrationslager, die Verfolgung, in vielen Fällen die Vertreibung überlebt hatten, der Meinung waren, dem Schock der totalen Niederlage werde eine alles umfassende Besinnung folgen, aus der sich produktive Phantasie zur Arbeit an einer neuen gesellschaftlichen Wirklichkeit in Deutschland erheben werde. Gewiß, die Geschichte, außer just die israelitische, wies kein Beispiel dafür auf, daß Moral Politik gebär, aber stand nicht diesmal die Idealität der äußerlich Machtlosen im Einklang mit den Interessen der Mächtigen, die den Nationalsozialismus und den Militarismus in Deutschland radikal ausgemerzt, das mörderische System doch durch eine im Bewußtsein, in den Gesinnungen fest zu begründende Demokratie für immer abgelöst wissen wollten? Freiheitliche Kräfte aus den USA, aus Großbritannien, aus Frankreich ermunterten uns, Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit eines <anderen Deutschland> gegen alle Schwierigkeiten in Angriff zu nehmen.“ ... (74 f.)

... „Bleiben die Liberalen (im Westen als «Freie Demokratische Partei» firmierend), die Sozialdemokraten und die CDU/CSU. Die ersten beiden, jede aus ihrer großen, hundertjährigen Tradition, waren Garanten eines ehrlichen Ringens um die modernen Inhalte der bei den Liberalen mehr individuell, bei den Sozialdemokraten mehr kollektiv gemeinten Freiheit, doch keine die andere ausschließend und jede in nationaler Absicht auf das ganze Deutschland gerichtet. In ihren Reihen gab es bedeutende reformatorische Kräfte - entschlossen, aus dem Erfahrenen, nicht zuletzt, wenn es um die eigenen Fehler von seinerzeit ging, in Theorie und Praxis Lehren zu ziehen.

Die völlig neue Formation waren die Christlichen Demokraten, in Bayern die Christlich-Sozialen. Man darf, die heutigen Nachfahren vor Augen, nicht Gefühlen freien Lauf lassen, denn nichts an solchem Vergleich nützt mehr etwas. Wie das enden soll, was bei nicht wenigen damals mit respektheischenden menschlichen und politischen Qualitäten begonnen hat: mit Weitblick und Einsicht, Aufgeschlossenheit, Bereitschaft zur Zusammenarbeit, Prinzipienfestigkeit, Aufrichtigkeit der Gesinnung, Sachkenntnis, Bildung. . .? Katholiken und Protestanten zusammen wollten, so mustergültig wie nur eben erreichbar, den geistigen, kirchlichen, erzieherischen, politischen, sozialen, betrieblichen, wirtschaftlichen Neuaufbau Deutschlands. Der <Deutsche Caritasverband>, eine kirchliche Organisation also, bezeichnete es in einer Denkschrift zum Flüchtlingsproblem (noch im Herbst 1946 kamen allein in der amerikanischen Zone wöchentlich auf jeden Landkreis zwischen 400 und 1200 aus Osteuropa Ausgewiesene.. .), einerseits was geschah, andererseits was zu geschehen hatte, als <das Ende der kapitalistischen Epoche in Deutschland>, die gesamte Struktur der Wirtschaft und Gesellschaft bedürfe «der Neuordnung und Planung». Das Ziel, so meinten wir, Walter Dirks und ich, Mitbegründer der CDU in Hessen, im ersten Jahrgang unserer Monatsschrift für Kultur und Politik *Frankfurter Hefte*, das Ziel müsse <ein personalistischer Sozialismus aus christlicher Verantwortung> sein. Als Träger der <mit Freiheit durchgesetzten Wirtschaftsplanung> war <nicht eine Clique - von Kapitalisten, Bürokraten, Parteiführern> - gedacht, <nicht der Staat - er nur 'federführend', jeweils vorläufig, stellvertretend und partiell -, sondern das Volk> - in <Sozialgemeinschaften> beispielsweise, wie Harald Koch, Wirtschaftsminister, als dies möglich geworden war, in Hessen, sie nachmals vorschlug. <Sozialisieren heißt nicht

verstaatlichen», schrieb Dirks, <sondern vergenossenschaften... Das bedeutet technisch-organisatorisch so etwas wie 'Wirtschaftsdemokratie'. (Wir haben nicht vergessen, daß die Demokratie von 1918 auch deshalb machtlos war, weil sie nur den Staat, nicht aber die Wirtschaft zu demokratisieren unternahm.) Aber jenes schwache Wort begreift die epochale Wendung nicht ein, die das bedeutet, nicht die elementaren und tiefen Forderungen, die sie an den Menschen, seine Moral, seine Lebensführung stellt. Wir wissen ja, daß die europäischen Völker, wenn sie ihre Wirtschaft planmäßig organisieren und diesen Plan in hundert Formen und Arten im Volk verwurzeln, in eine neue geschichtliche Epoche eintreten - in die des verwirklichten Sozialismus.> Vielerorts in den drei Zonen ist die Christlich- Demokratische Union bei ihrer Gründung in diesem Sinne - der <Frankfurter Leitsätze>, der <Kronberger Beschlüsse>, des <Ahlemer Programms> - gedacht worden.“ ..(S. 77f.)

... „Die Verfassungsgebende Versammlung Groß-Hessens hat mit dem Artikel 41 des neuen Landesgrundgesetzes die Möglichkeit geschaffen, den Bergbau, die Eisen- und Stahl- erzeugung, die Betriebe der Energiewirtschaft, das an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrswesen, die Großbanken und die Versicherungen als Gemeineigentum zu erklären. (Die Unternehmensführung sollte den von Harald Koch vorgeschlagenen <Sozialgemeinschaften> überantwortet werden, die ihrerseits das fachkundige Management zu berufen hatten.) Die Artikel 27 bis 47 der Verfassung regelten mit Bestimmungen über Vergemeinschaftungen anderer Art, über Staatskontrollen, Bodenreform, Genossenschaften und Gewerkschaften wesentliche Bereiche der Wirtschafts- und Sozialordnung. In Nordrhein-Westfalen beschloß der Landtag im Februar 1947 die Enteignung der Ruhrkohlenruben. Die Briten verweigerten die Zustimmung. In Hessen verlangten die Amerikaner, daß der Artikel 41 dem Volk gesondert zur Abstimmung vorgelegt wurde: er erhielt 72 Prozent Ja-Stimmen (die übrige Verfassung 76,8 Prozent). Er wurde von der Besatzungsbehörde daraufhin suspendiert, bis er 1950 im Landtag unter veränderten Bedingungen mit 41 gegen 41 Stimmen zu Fall gebracht wurde.

Die Absicht war, wie man sieht, nicht schlichte Illusion, die bedeutendsten Parteien waren, allerdings mit unterschiedlicher Entschlossenheit, dafür, sie wußten sich mit weiten Kreisen der Bevölkerung eins, Vernünftig-Wohlgesinnte im Ausland erwarteten es: daß Deutschland, in wiedererlangter Besonnenheit, aus dem elenden Zustand, in den es der Nazismus gebracht hatte, durch geduldige Arbeit, obschon vermutlich erst nach Jahren, wieder hochgebracht, daß die Arbeitsergebnisse gerecht verteilt, nicht der erste Rang dem Kapital eingeräumt, Großeigentum, von dessen Verwaltung das Gemeinwohl abhing, privater Verfügungsgewalt entzogen, daß die Freiheit im neuen Staat durch das Recht gesichert, die Demokratie in den Gesinnungen und Institutionen fest verankert, daß im Maße der wirtschaftlich-sozialen Erholung nach Möglichkeit Wiedergutmachung für das Unrecht geleistet wurde, das im Dritten Reich anderen zugefügt worden war. Die Absicht ist so trotzdem nicht in Erfüllung gegangen.“ (S. 78 f.)

„Die Feststellung, dem deutschen Volk sei in der neueren Geschichte Demokratie zweimal als politisches Heilmittel von außen durch die Siegermächte zwangsverordnet worden, ist nicht ganz richtig: Nach dem Ersten Weltkrieg wollten viele Deutsche sie, und eine Revolution 1945 hätte mit dem Nationalsozialismus bestimmt gründlich aufgeräumt, - von den Hitlerischen Parteiaktivisten wäre wohl kaum einer am Leben geblieben. Selbstbefreiung, da sie nicht früher stattgefunden hatte, ließen die Alliierten aber nicht zu. Im Gegenteil: Alle Deutschen waren an dem, was geschehen war, mit Schuld - mehr oder minder mitschuldig, aufgenommen die nachweislich Verfolgten, die überlebenden Opfer des Nazi-Regimes. Jeder Deutsche mußte erst einmal dokumentieren, daß er nicht oder jedenfalls nicht maßgeblich <dazugehört> hatte. Das Gefühl, nun befreit zu sein, erstickte infolgedessen bei Ungezählten, die

sich der NS-Propaganda, den NS-Erfolgen, dem NS-Terror gebeugt hatten, ohne wirklich Nationalsozialisten geworden zu sein, unter der Kollektivschuld-Anklage. Hätte man sie, die Ungezählten, in Bausch und Bogen pardonierte, die Erleichterung wäre enorm gewesen, mit ihr die Bereitschaft, eine Menge Beschwerden hinzunehmen, sich aber daran zu beteiligen, sie ins Positive zu wenden.

Die Amerikaner hatten jedoch, sie wußten selbst nicht, für wie lange, Quarantäne vor, die über das deutsche Volk insgesamt zu verhängen war. Währenddessen sollte Reinigung, Buße und systematische Umerziehung erfolgen.

Für die <Säuberung> hatten sie einen perfekten Schematismus mitgebracht. Der Katalog der Zugehörigkeiten zum Hitler-System umfaßte, wenn ich mich recht erinnere, über 130 Kategorien, formale Einstufungen. Diesen Schematismus setzten sie auch bei ihren westlichen Verbündeten durch, die sich nur nicht in völlig gleicher Weise daran hielten, so daß sich ein Feld unüberblickbarer Anpassungs-, Drückeberger- und Korruptionsbeziehungen ergab. (In ihrer eigenen Weise gingen die Russen vor; der Alliierte Kontrollrat hatte die Hauptunterscheidungen übernommen.) Handelte es sich bei den Registrierungen, denen sich alle vor 1919 geborenen Deutschen zu unterziehen hatten, um «Hauptschuldige» und «Schuldige», so erfolgte auf Grund der generellen Schuldvermutung, die im Einzelfall widerlegt werden mußte, automatisches Berufsverbot und allenfalls Einweisung in ein Arbeitslager. Die <Minderbelasteten> und <Mitläufer> wurden mit verschiedenartigen Bußen belegt: Leistung öffentlicher Aufräumungsarbeiten, Abgabe von Hausrat an Bedürftige, Geldzahlungen, zeitweisem Verbot der Übernahme von Ämtern.

Ich war im Juni 1945 - im April von einem Intelligence Team der III. US-Armee aus dem Konzentrationslager Buchenwald befreit - in Paris und weiß noch, wie ich Botschafter Murphy, dem die Ingangsetzung der Reeducation oblag, die negativen Folgen des beabsichtigten <Säuberungs>verfahrens klarzumachen versuchte. Man solle doch allorts leicht festzustellende bewährte NS-Gegner damit betrauen, die tatsächlichen Aktivisten des nun endlich besiegten Systems ohne Rücksicht auf formale Zugehörigkeiten zu benennen und diese Minderheit, zweifellos mit Zustimmung der Bevölkerung, ja unter ihrem Beifall, wegen erwiesener Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verletzung anderer Gesetze der verdienten Aburteilung durch ordentliche Gerichte überantworten. Botschafter Murphy sah innerhalb der Richtlinien, die in Washington festgelegt worden waren, nicht einmal die Möglichkeit, vor Jahresende auch nur das Verbot normaler Kontaktnahme mit den Deutschen generell (die <Non-Fraternisation-Order>) aufzuheben. Auch er ahnte nicht, daß die Sowjets bereits dabei waren, in ihrer Besatzungszone die politischen Parteien zuzulassen, und daß die Westalliierten wenig später dem sowjetischen Vorgehen folgen mußten, wobei man hier auf die freiwilligen Wählerstimmen der breiten Bevölkerungsschichten, also auch der Millionen von Bestraften, angewiesen war.

Am 5. März 1946 übertrug in der US-Zone ein <Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus> die Urteilszuständigkeit an deutsche Spruchkammern. Es wurden <Ministerien zur politischen Befreiung> eingerichtet. Das bereits angerichtete Unheil war jedoch nicht mehr zu beseitigen. Bei Abschluß der <Säuberung> 1955 waren allzu viele Deutsche, durch die generalisierende Kollektivschuld-Anklage in Verteidigungsstellung und moralische <Aufrechnungs>-Emotionen gedrängt, statt vom Nazismus befreit voll von Ressentiments.

Die zweite deutsche Nachkriegsdemokratie hat den Geburtsfehler, der einer politisch-psychologischen Fehleinschätzung der Amerikaner zuzuschreiben ist, bis jetzt nicht völlig über-

wunden - in den Parteien, in der Verwaltung, der Wirtschaft, den Verbänden, den Schulen, der Bundeswehr, wo man überall die <sühnebelangten> Fachleute oder ihre Angehörigen selbstverständlich brauchte. Die <Vergangenheitsbewältigung> ist ein Verdrängungsproblem geblieben, das unserer gesellschaftlichen Erneuerung die Unbefangenheit und den Schwung nahm....“ (S. 87 ff.)

... „1947, zwei Jahre bereits nach der <Stunde Null>, war über die politischen Grundsätze hinaus, die einem <Sozialismus der Freiheit> galten, ökonomisch auf ihn hin nicht das geringste erreicht. <Die Not erfordert Zwangsmaßnahmen>, so schrieb ich im September jenes Jahres, <die dem Sozialismus ein falsches Zeichen aufprägen und ihn zu einem System von bürokratischen Bevormundungen in allen Lebensbereichen zu machen drohen. Wir können heute nicht umhin, über Material und Menschenkraft behördlich verfügen zu müssen. Es bleibt nahezu kein Spielraum mehr für eigene Initiative und persönliche Entscheidungen. Wir stecken tief in einem rein naturalen Bereich, der uns seine Notgesetze aufzwingt. Ein solcher <Sozialismus der Not>, bliebe er Dauerzustand und würde er zum System gemacht, wäre dann in der Tat die Straße zu einer neuen Sklaverei. Sozialistische Politik muß aber den Weg zu einer geordneten Volkswirtschaft und zu einem ausgewogenen Sozialleben mit einer vernünftigen Verteilung der Machtbefugnisse und der Einflußmöglichkeiten nach Maßgabe der sachlichen Bedeutung der einzelnen Gesellschaftsschichten eröffnen.>

Die Krise erreichte ein heute schwer mehr konkret vorstellbares Ausmaß. Die Besatzungsmächte der drei Westzonen halfen zwar, unterschiedlich, jedoch nicht annähernd ausreichend, setzten aber gleichzeitig bis Anfang 1948 die Demontage verbliebener deutscher Industrieanlagen fort. Noch im April 1948 hieß es in einem ärztlichen Bericht: <Angesichts der völligen Unzulänglichkeit der Zuteilung rationierter Lebensmittel muß man sich fragen, wie es zu erklären ist, daß die Mehrzahl der Deutschen noch nicht verhungert ist. Da kein Mensch in Deutschland bloß mit den Zuteilungen auf Karten auskommen kann, sieht sich jedermann genötigt, sich nach Möglichkeit zusätzliche Lebensmittel zu beschaffen. Wie dies im einzelnen geschieht, das ist so überaus verschieden, daß man zunächst kaum durchsieht.> Nun, es waren die Schwarzmärkte, mitbeliefert von den Besatzungstruppen, die es besorgten - Dschungel der Gier und der Korruption.

In dieser Lage waren die meisten Deutschen mit jeder Möglichkeit einverstanden, die sich bieten mochte, über die bare Verelendung und die schreienden Unrechtsverhältnisse, die sie begleiteten, hinwegzukommen.

Im September 1947 erlaubten die Amerikaner und Briten die Errichtung von fünf deutschen Zentralstellen für wirtschaftliche Verwaltung der Doppelzone. Man erfuhr, daß die Absicht bestand, Deutschland in die Marshall-Plan-Hilfe miteinzubeziehen. Mit den Modalitäten waren die Sowjets nicht einverstanden. Es kam zur Bildung des Wirtschafts- und Exekutivrates in Frankfurt am Main; die Gründung der <Bank deutscher Länder> deutete auf eine bevorstehende Währungsreform hin: der inflationäre Geldumlauf bei kaum mehr belieferten Märkten hatte 123 Milliarden Reichsmark erreicht.“ ... (S. 91 ff.)

... „Die Spekulation auf die Neigung, aus dem wenigen Geld bei vielen und aus den kostbaren Sachwerten bei den weniger vielen so rasch und so gründlich wie nur möglich ein Maximum an Ertrag zu erwirtschaften, erwies sich als ganz und gar richtig. Psychologisch war es keine Vabanque-Operation, obgleich ohne Kenntnis von den tatsächlich vorhandenen marktreifen Gütermengen unternommen, ohne Kenntnis von dem möglichen oder wahrscheinlichen Rohstoffnachschub, ohne Kenntnis von der richtigen Menge Umlaufgeldes; faktisch jedoch sehr wohl. Aber der Grad, den im Frühjahr 1948 die Krise erreicht hatte, stützte das Vertrauen, das

die ans Werk gesetzten Liberalkapitalisten zu ihren Markttheorien hatten. Mit größter und anhaltender Energie machten sich die Deutschen, von jeglichen Schuldkrupeln und kollektiven Moralüberlegungen in diesem Feld befreit, an die Leistung des <Wirtschaftswunders>.

Hermann Pünder, Oberdirektor des Zweizonen-Wirtschaftsrates, erfand die Bezeichnung <Soziale Marktwirtschaft>. Sie wurde von Ludwig Erhard popularisiert. Sie ist ein künstlicher Begriff: Inwiefern sollte das Konkurrenzprinzip, das die freien Märkte bestimmt, aus sich sozial sein? Es bewirkt Versorgung, aber im Wege der Kostenminderung (durch technische und organisatorische Rationalisierung) und Gewinnmaximierung. Die Beteiligungen am Produktivitätsergebnis, das die Arbeitsverhältnisse betreffende Betriebsverfassungsgesetz sowie die Mitbestimmung in den Großbetrieben mußten wie alle übrigen sozialen Errungenschaften seit 1948 erkämpft werden. Als <Sozialkapitalismus> könnte man das System eher bezeichnen: das Kapital hat in ihm unbestreitbar - wenn auch umstritten - den Vorrang, doch nicht mehr annähernd wie vormals, im Manchester-Kapitalismus.

Vom «Sozialismus in Freiheit» hat das deutsche System kaum mehr eine Vorstellung belassen. Im Grundgesetz, 1949 beschlossen, ist die Maxime stehengeblieben: <Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig> (Artikel 14 Absatz 2 und 3). <Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden> (Artikel 15). Mit dieser Prinzipienklärung der <Sozialgebundenheit des Privateigentums> hat es das Bewenden; praktisch wird, außer gelegentlich in der kommunalen Bodenpolitik, kein Gebrauch davon gemacht. Ist der Inhalt der beiden Artikel überhaupt bekannt? Die meisten Bundesbürger wären wahrscheinlich überrascht, wenn sie erführen, daß im Grundgesetz derlei steht.“ ... (S. 91 ff.)

... „Es müssen neue, umweltgerechte Technologien gefunden, aber auch alternative Lebensweisen erprobt werden. Gleichzeitig sind zwei planetarische Probleme zu bewältigen: zum einen die Regelung des Verhältnisses zwischen den Industrienationen und den sogenannten Entwicklungsländern (im <Nord-Süd-Dialog> werden Prinzipien dazu formuliert), zum anderen die Umkehrung der Rüstungspolitik (Begrenzung und allmähliche Herabsetzung). In allem dem kommt der Bundesrepublik auf Grund der ökonomischen und politischen Bedeutung, die sie erlangt hat, eine, wie bereits ersichtlich, mitinitiatorische Rolle zu. Die Jungsozialisten, die Jungdemokraten, der Ring christlich-demokratischer Studenten, die Junge Union sollten, so scheint mir, die Thematik mit unvergleichlich mehr Intensität als bisher aufgreifen. In einer Welt, die, um mit Karl Kraus zu sprechen, <zwischen Morgen- und Abendblatt lebt>, der die kulturellen Dimensionen abhanden gekommen sind, müssen aktive, produktive Minderheiten die weiterführenden Durchbrüche schaffen.

Ist es zu idealistisch zu meinen, in <Republikanischen Clubs> könnten allerorts die Erörterungen und Auseinandersetzungen darüber stattfinden, damit die Mittel und Wege gefunden werden, der Herausforderungen, die bereits absehbar sind, Herr zu werden? Kann der Nachwuchs der <Erfolgsdeutschen> nicht beweisen, daß er angesichts der jetzt zutage tretenden, zum Teil bereits zutage getretenen schicksalhaften Probleme über die Rezepte der Väter hinaus auszudenken, hinauszuhandeln versteht?

Die Aufgabe ist wahrhaft historisch - anders als die in der seinerzeitigen <Stunde Null> und

doch vergleichbar. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß sich die Hoffnungen und Erwartungen, die daran geknüpft werden können, erfüllen werden. Aber ist es unmöglich?“ (S. 102 f.)

Heinrich Böll

... „Die Kampagnen der CDU/CSU gegen bestimmte Rundfunkanstalten bis zu dem Versuch, deren öffentlich-rechtlichen Status aufzuknacken, sind ja gegen die Impulse gerichtet, die von der 68er Bewegung stammen. Diese Impulse sind noch da, der Radikalenerlaß mit seinen Folgen, die Terrorismusdebatten - schauen Sie einmal in die Protokolle der Bundestagsdebatten über innere Sicherheit von 1972 an hinein - sind ja permanente Versuche, diese Impulse einzuschüchtern, sie abzudrängen in eine kriminalisierbare Ecke. Insofern finde ich auch den Vorstoß von Herrn Klose gut und ermutigend. Was sind das eigentlich für Politiker, die nur brave Mitläufer wollen? Ich kann das nicht verstehen, die Lähmungsversuche, die sehr leicht zur Abtötung des Politischen führen können. Nun es gibt ja genug Protokolle und Berichte über die Folgen des Radikalenerlasses, und wenn jetzt über die Folgen der Reformpolitik an den Schulen geschimpft wird, dann möchte ich an die Konfessionsschulen erinnern, in die meine Kinder gehen *mußten* - wir hatten im damaligen Land Nordrhein-Westfalen gar keine andere Wahl, als unsere Kinder auf diese Schulen zu schicken, wenn wir sie nicht auf teure, exklusive Internatsschulen schicken wollten - und das konnten und wollten wir nicht. Vergessen wir nicht *diesen* Schulzwang - die Folgen sehen wir ja, die Kirchen sind leer - und die Terroristen kommen ja weder aus <linken> Familien, noch waren sie auf einer der viel beschimpften Reformschulen. Und das Problem ist durch die ganze Entwicklung zum Terrorismus und die wirklich grausamen Aktivitäten der Terroristen, ist das ja nur verdeckt und Menschen eingeschüchtert, weil keiner sich mehr so recht zu äußern wagt. Insofern finde ich also auch die Aktivitäten von Herrn Klose gut. Der ermutigt endlich mal wieder zum Nachdenken.“ ... (S. 130) Böll, Ende

Wolfgang Abendroth

„Es ist leider richtig - wir alle, die wir hier in diesem Band schreiben, sind nun <alte Männer> - nach den alten Frauen hat leider keiner gefragt. Sind wir auch <zornig>? Wären wir es niemals, wären wir resigniert und wirklich zu nichts mehr von Nutzen. Ein Recht auf Resignation - und das heißt praktisch auf stilles Verschwinden aus der Öffentlichkeit - hätten wohl die meisten von uns. Denn wohl alle, die hier gefragt wurden, haben sich - der eine hier, der andere dort - für das, was sie für eine bessere und aufgeklärtere, vernünftigere Gesellschaft halten, für ein rationaler denkendes und handelndes westdeutsches Volk in einer Menschheit mit weniger Ausbeutung und Unterdrückung, als es sie vorher gegeben hat, ein Leben lang geschlagen. Jetzt sind wir also gelegentlich <abgekämpft> und müde. Das, was aus Resignation heraushilft, ist aber immer wieder der Zorn. Ohne Zorn über das, was uns ärgert, über das, was wir für falsch halten, würden wir wohl alle heute schweigen, weil wir, da wir nun einmal <alt> sind, auch oft physisch am Ende sind. Ist man müde, kommt einem allzu häufig die Anwandlung, Ruhe haben zu wollen. Allerdings, viele von uns haben auch nicht gelernt, Ruhe zu geben, weil wir uns seit unseren Jugendjahren immer mit dem, was gerade war, herumgeschlagen haben. Wir sollten also auch kein besonderes Verdienst für uns daraus zu konstruieren versuchen, daß wir es jetzt immer noch tun. Vielleicht ist es bloße Gewohnheit, daß wir aus dem alten Gleis nicht herauspringen können; man soll sich nicht besser machen, als man ist.“ ... (S. 143) Abendroth Ende

Walter Fabian

„Versagen wir zum zweitenmal? Die Bildungsreform, zum Beispiel / Als Vorbemerkung ein Brief

Lieber Axel Eggebrecht,

als Sie neulich bei mir waren, sagte ich Ihnen, daß mir durch Ihre Einleitung zu diesem Band einige <Probleme> entstanden seien. Sie ermunterten mich eindringlich, das hier niederzuschreiben. Ich folge gern' diesem Rat.

Meine Schwierigkeiten ergeben sich daraus, daß Sie in Ihrem Text überwiegend per <wir> schreiben. Damit kann ja wohl nichts anderes gemeint sein als wir, die Mitarbeiter dieses Bandes. Offen gesagt, fühle ich mich dadurch etwas <vereinnahmt>, so nahe ich, wie Sie wissen, den meisten Ihrer Positionen stehe. Aber hier spricht doch jeder nur für sich selbst, allenfalls für einen kleinen Kreis persönlicher und politischer Freunde. Ich jedenfalls sehe mich zu keinem <wir> legitimiert.

Wo liegen unsere Differenzen? Sie schreiben wiederholt von den großen Erwartungen, die <wir> nach 1945 hatten:

<Wir durften auf eine gründliche Reinigung hoffen, auf einen neuen Beginn. Und der würde, so dachten wir, besser gelingen als nach 1918.> Nein, so dachte ich nicht. Ich bin sicher, daß meine Erinnerung mich heute, fast 34 Jahre später, nicht täuscht, wenn ich sage, daß ich von der ersten Stunde an von tiefer Skepsis erfüllt war und daß ich alles, was ich seitdem getan, geredet und geschrieben habe, <trotzdem> tat und weiterhin tun werde. Ähnlich war es mir schon in der Weimarer Republik ergangen - wenn auch nicht von der ersten Stunde an (ich war 1918/19 ein sechzehnjähriger Gymnasiast, der sich in der Friedensbewegung und in den Jugend- und Kulturorganisationen der Arbeiterbewegung engagierte), so doch spätestens im Jahre zwei der republikanischen Zeitrechnung. Was mich beim Zusammenbruch des wilhelminischen und des Dritten Reiches beseelte war etwas anderes: eine Erleichterung, eine ganz tiefe Erleichterung, daß das Morden ein Ende gefunden hatte. Im Vergleich dazu war meine Hoffnung auf den neuen Anfang verhältnismäßig schwach. Von <optimistischem Überschwang> war ich jedenfalls weit entfernt, und von <diesem unseren Staat> habe ich wohl nie <so viel erhofft>. Doch darauf werde ich noch zurückkommen.“... (S. 166)

... „Gewiß, ich weiß: <Bonn ist nicht Weimar.> Aber das war in erster Linie ein zugkräftiger Buchtitel (fast so gut wie einst Spenglers <Untergang des Abendlandes>), aber es bedarf doch einiger Einschränkungen. Davon wird noch zu sprechen sein. Vorerst sei nur versichert, daß ich mir der unterschiedlichen Voraussetzungen bewußt bleiben werde: die Geschichte wiederholt sich nicht wörtlich, sondern in Variationen. Aber aus ihr lernen kann und muß man trotzdem. Natürlich renne ich mit solchen Banalitäten die offenen Türen Ihrer Hamburger Wohnung ein. Ich will auch nur erklären, warum ich, von Ihrer Konzeption abweichend, vor allem die Wiederholung des traurigen Geschehens beklagen und die dafür Verantwortlichen anklagen muß.“ ...

... „Doch halt, ich möchte noch rasch zwei Sätze von Andre Gide zitieren, die ich, in aller Unbescheidenheit, für uns, als Verpflichtung, in Anspruch nehme: <Ich weiß und fühle, daß die Welt furchtbar ist; ich weiß aber auch, daß sie es nicht zu sein brauchte und daß sie das ist,

was *wir* aus ihr machen... Jetzt kommen die Zeiten zurück, da als Verräter betrachtet wird, wer nicht nach Vorschrift denkt. Einige immerhin widerstehen noch...“ Vielleicht können die Aufsätze dieses Buches ein wenig dazu beitragen, das die <einigen> zu vielen werden?“ (S. 167)

„Im November 1918 vollendete sich der Zusammenbruch der deutschen Armee; zugleich endete das Regime der Hohenzollern. Der Krieg war aus. Das war viel und doch zu wenig. Die auslösende Kraft war eher eine Rebellion der bis zur Verzweiflung kriegsmüden Soldaten als eine Erhebung der nicht minder kriegsmüden Arbeiterbewegung - sie war gespalten und durch den Krieg schrecklich dezimiert. Und in ihrer großen Masse war die deutsche Bevölkerung viel, viel mehr erfüllt von Sehnsucht nach Frieden, Arbeit, Versorgung, Ruhe und Ordnung als von der Bereitschaft, die Chance zu einer Neuordnung der Gesellschaft zu ergreifen und dafür Kämpfe und Opfer auf sich zu nehmen. Dieser Stimmung, aber auch ihrer tiefen Abneigung gegen eine Revolution Rechnung tragend, entschieden sich die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führer und ihre Organisationen für den Weg der Reformen. Einige wurden verwirklicht, so das Frauenstimmrecht, die parlamentarische Demokratie, der Acht-Stunden-Tag. Aber bald waren die reaktionären und restaurativen Kräfte wieder stark und flexibel genug, fast jede Reform nach einem kurzen Anlauf zu stoppen oder sie ganz zu verhindern. So kann es nicht wundernehmen, daß die zweite deutsche Republik fast alle Aufgaben ungelöst vorfand, um die sich die reformwilligen Kräfte in den zwanziger Jahren vergeblich bemüht hatten: Schulreform, Hochschulreform, Gefängnisreform, Reform des Abtreibungsparagraphen und vieles andere mehr. Aus einer gründlichen Analyse der Gründe, die damals zum Mißerfolg führten, könnten wir viel lernen; aber sie würde den Raum dieses Essays sprengen - Essay im Sinne eines Versuchs der Annäherung an das Wesentliche. Das Wesentliche war: weder die Grundlagen noch die Institutionen der alten Gesellschaftsordnung wurden verändert. Es gab keine Aufteilung des ostelbischen Großgrundbesitzes, keine Sozialisierung, keine Entmachtung der Grundindustrien, keine planende Wirtschaftspolitik - keine Reform der Verwaltung, der Justiz, der Heeresstruktur, der Schule, der Hochschule ... <Der Kaiser ging - die Generäle blieben> hieß in den zwanziger Jahren ein zündender Romantitel; es blieben auch die alten Richter, die alten Staatsanwälte, die alten Ministerialdirektoren usw. Das ist bis tief in unsere zweite, heutige Republik so geblieben. Ich will es aus meinen Erfahrungen an einem Beispiel belegen. Als vor gut einem Jahrzehnt um die Notstandsgesetze gerungen wurde, schaltete sich auch der Deutsche Presserat ein, dem ich damals angehörte; seiner Bestimmung gemäß beschränkte er sich auf das Bemühen, jegliche Beeinträchtigung der Pressefreiheit aus den Entwürfen zu eliminieren. Der Verleger Focko Lüpsen und ich wurden beauftragt, für den Presserat die Verhandlungen mit der Ministerialbürokratie des Bonner Bundesinnenministeriums zu führen. In unzähligen Sitzungen suchten die Bonner Beamten immer neue Formulierungen, die schließlich alle vom Plenum des Presserats und dann, was ausschlaggebend war, auch von der Bundestagsfraktion der SPD verworfen wurden. Aber nicht wegen dieses bescheidenen Teilerfolgs erzähle ich dieses Detail, sondern weil mir diese Auseinandersetzungen mit diesen eigentlichen Herren des Bonner Innenministeriums zeigten, daß diese Männer - die zum großen Teil zwischendurch zumindest zwölf Jahre lang Parteigenossen der NSDAP gewesen waren - mehr noch als alte Nazis überzeugte Verfechter des Obrigkeitsstaates geblieben waren: die Vorzensur sogar schon vor der Verhängung des Notstands wollten sie haben, weil sie die Bürger (lies: die Untertanen) vor Irrwegen ihres Denkens und Urteilens behüten mußten... So vererben sich die Sünden der Väter und Großväter über den Wandel der Regime hinweg.“... (S. 168 f.)

„<Der die Verwandlungen scheut

mehr als das Unheil,

was kann er tun

wider das Unheil?>

Eben: da man die Verwandlungen gescheut hatte, breitete sich das Unheil rasch aus: die Reichswehr als Staat im Staate samt der Schwarzen Reichswehr, die politischen Morde an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg bis hin zu Erzberger und Rathenau, die einäugige politische Justiz, die Mörder und Fememörder freisprach, aber zum Beispiel Carl von Ossietzky ins Gefängnis warf.“ ... (S. 170)

„Zum Beispiel: Die gescheiterte Schulreform

Um die Jahrhundertwende artikulierte sich das weitverbreitete Unbehagen über die deutsche Schule in vielen Ansätzen: vor allem Lehrer aller Schulstufen formulierten ihre Kritik - etwa an der künstlerischen Erziehung, am deutschen Aufsatz, am Sprachunterricht, am <Elend unserer Jugendliteratur>, an der sturen Lernschule usw. - und machten sehr konkrete Vorschläge, wie man dem abhelfen könnte; Stimmen aus dem Ausland - <Das Jahrhundert des Kindes> von der Schwedin Ellen Key und die Schriften der Italienerin Maria Montessori - verstärkten den vielstimmigen Chor der deutschen Reformpädagogik. An manchen Stellen schritten die Reformer zur Einrichtung von Versuchsschulen mit privaten Trägern: so gründeten Lietz, Wyneken und andere Landerziehungsheime, Geheeb die Odenwaldschule, Berthold Otto nun nicht mehr im ländlichen Abseits, sondern am Rande der Großstadt Berlin seine Berthold-Otto-Schule, etwas später Rudolf Steiner seine Waldorf-Schulen und Peter Petersen seine Jena-Plan-Schulen, um nur die wichtigsten Beispiele zu nennen.

Das war anregend für die pädagogische Diskussion, aber an dem Unterrichts- und Erziehungsstil der institutionalisierten, der real existierenden Schulen von der Volksschule bis zum Gymnasium änderte sich kaum etwas im wilhelminischen Deutschland. Und in der Weimarer Republik? Ja, da hatten wir wirklich die Hoffnungen, von denen Axel Eggebrecht in seinem Beitrag spricht. Da etwas Wesentliches zu verändern, das mußte doch möglich sein! Das dachten und forderten vor allem die <Entschieden Schulreformer>, eine kleine, aber dank dem Gedankenreichtum und der vitalen Dynamik ihres Gründers und Leiters Paul Oestreich in Publikationen und Veranstaltungen ungemein aktiven Organisation von Lehrern und anderen Schul-Interessierten; ich trat diesem Bund schon als Gymnasiast bei und bin ihm bis an den Rand des Dritten Reiches eng verbunden geblieben. Aber wir waren Rufer in der Wüste. Auch hier schien es, als ob der Kapp-Putsch noch einmal die Geister wachrütteln könnte. Just in diesen Tagen fand einer der Kongresse des Bundes Entschiederer Schulreformer statt, auf dem Oestreich dem wohlmeinenden, aber zaghaften preußischen Kultusminister Konrad Haenisch die Worte <Konrad, werde hart!> entgegenschleuderte. Aber wenige Monate später zerstörte die Reichsschulkonferenz die Erwartungen, die viele in diesen ersten und einzigen Versuch einer neuen Reichsschulpolitik gesetzt hatten. Die Schulpolitik blieb Ländersache, und das war nicht zuletzt deshalb hinderlich, weil im weitaus größten und wichtigsten Land, in Preußen, die Sozialdemokraten mit der katholischen Zentrumspartei regieren mußten, was zu alles hemmenden Schulkompromissen führte.“ ... (171 ff.)

... „Damit waren, fünf Jahre nach der <Revolution>, alle Versuche einer Schulreform abgeblockt. Wir werden uns noch die Frage zu stellen haben, was von den Forderungen der ersten Republik in der zweiten verwirklicht wurde.

Und die Universitäten? Hier kann ich mich für die Weimarer Zeit sehr kurz fassen, denn ich glaube, nicht ungerecht zu sein, wenn ich festhalte, daß in der Weimarer Republik eine Hochschulreform nicht stattgefunden hat. Dabei wäre sie wahrlich dringend gewesen, denn die Universitäten, die die junge Republik übernahm, waren ein Hort der Reaktion. Das betraf den Lehrkörper wie die Studentenschaft. Dagegen geschah nichts, außer daß hier und da sozialdemokratische oder jüdische Gelehrte, die im wilhelminischen Deutschland generell von den Universitäten ferngehalten wurden, nun einen Lehrstuhl erhielten oder, in der Mehrzahl der wenigen <Fälle>, als Privatdozenten oder außerordentliche Professoren gerade noch zugelassen wurden. Am Geist und an der Struktur der Universitäten konnten diese Außenseiter natürlich nichts ändern. Ja, sie mußten noch froh sein, wenn sie von den Kollegen und von den reaktionären Studentenorganisationen geduldet wurden. Es ist viel zu wenig bekannt, daß der Exodus deutscher Wissenschaftler ins Ausland lange vor der Machtergreifung Hitlers, ja bereits in den ersten Jahren der Republik begann: Albert Einstein, Friedrich Wilhelm Foerster, Georg Friedrich Nicolai, E. J. Gumbel sind einige der Universitätslehrer, die wir sozialistischen Studenten - eine winzige Minderheit - damals mit Kummer und ohnmächtiger Empörung ins Exil getrieben sahen.

Bleibt hinzuzufügen, daß es an Vorschlägen und Plänen zur Hochschulreform nicht fehlte - wohl aber an den Kräften, ihre Notwendigkeit dem Bewußtsein größerer Bevölkerungsgruppen zu vermitteln und sie gegen die rasch wieder erstarkten restaurativen Kräfte und insbesondere gegen die <unentbehrliche> Zentrumsparterie durchzusetzen.

Und wie ging es mit den Hochschulen nach 1945 weiter? Bis 1968, also während mehr als zwanzig Jahren, geschah sehr wenig; zu dem wenigen gehörte die langsame, noch heute in Teilen der Bundesrepublik nicht vollendete Integrierung der Lehrerbildung in die Universitäten. Auch die umfassendere Diskussion der Schul- und Hochschulprobleme, die in dem Alarmruf von der <Bildungskatastrophe> (Georg Picht) ihren deutlichsten Ausdruck fand, kann auf der positiven Seite verbucht werden. Aber eben: Alarmruf und Diskussion, keine Taten. Die progressiven Studentenorganisationen (die wesentlich stärker waren als in Weimar), vor allem der SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) der sechziger Jahre legten detaillierte, keineswegs revolutionäre Pläne zur Hochschulreform vor. Das blieb jedoch von der Öffentlichkeit unbeachtet, und nichts rührte sich. Anders wurde das erst, als die Studenten und viele jüngere Hochschullehrer zu Demonstrationen auf die Straße gingen und dabei sogar manchmal den Rasen zertrampelten... Aber das Bündnis zwischen diesen Kräften und der größten Massenorganisation unseres Landes, den Gewerkschaften, das sich im Kampf gegen die Notstandsgesetze anzubahnen schien, kam nicht zustande - durch Fehler und Einsichtslosigkeit beider Seiten. Es blieb bei der Isolierung der <Intellektuellen>, die zu einem erheblichen Teil daran Schuld trägt, daß alle Ansätze zu einer Demokratisierung in der Geschichte der Deutschen immer wieder ins Nichts zerrannen. Nur örtlich haben sich Formen der Zusammenarbeit zwischen einigen Universitäten und Gewerkschaften und auch die Mitarbeit von Studenten herausgebildet. Aber das gehört schon zu den Veränderungen, die trotz allem das Jahr 1968 gebracht hat.“ ... (S. 174 ff.)

... „Einiges ist also geblieben aus jenem Jahr, das nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in vielen Ländern (USA, Frankreich, Tschechoslowakei usw.) einen Frühling verieß. Das meiste freilich ist in der Bildungslandschaft (und nicht nur in dieser) längst wieder in den Zustand der Erstarrung zurückgesunken.“ ... (S. 177)

... „Und wie wirksam wird diese widersinnige Auslese ergänzt durch die verheerenden Auswirkungen des Extremistenenlasses mit seiner Bspitzelung von Hunderttausenden junger Menschen und den Berufsverboten, von denen kürzlich ein besonders reaktionärer Politiker

zynisch sagte: Wir haben ja ein solches Überangebot von jungen Akademikern, daß wir beruhigt auf diese Staatsfeinde verzichten können. Wen wundert's, daß es in vielen Seminaren fast schon wieder den <deutschen Blick> gibt, jenes ängstliche Umherschauen, ob nicht einer für den Verfassungsschutz mitschreibt, und daß so mancher Doktorand den Lehrer, zu dem er noch Vertrauen hat, fragt, ob er sich nicht vielleicht mit der in Aussicht genommenen Dissertation seine Zukunft ruinieren würde? Und daß, ich gestehe es freimütig, der Hochschullehrer sich manchmal verpflichtet fühlt, ihm wenigstens eine andere Formulierung seines Themas anzuraten... Und wie viele Studenten, auf Zeit angestellte wissenschaftliche Mitarbeiter, aber auch bis an ihr Lebensende gesicherte Hochschullehrer zögern, eine Solidaritätsadresse für einen bedrohten Kollegen oder einen Protestaufruf gegen einen als sinnwidrig erkannten Ukas der Ministerial- oder Hochschulbürokratie oder für eine fortschrittliche Forderung zu unterschreiben... Ja, man muß sich fast wundern, daß sich unter so viel Druck und Bedrohung doch noch Reste von Mut und Solidarität erhalten haben.“... (S. 178)

... „Ungeduld ist ein Charakteristikum der Deutschen gegenüber allen Versuchen im Bildungsbereich; was nicht gleich nach Wunsch funktioniert, wird abgebrochen und energisch zurückgeschraubt. Dabei ist es eine Grundregel für alle Versuche mit neuen Formen und neuen Inhalten auf dem Gebiet der Schul- und Hochschulreform, daß man ihnen Zeit lassen muß und daß sie nicht in einem so engen Rahmen stattfinden dürfen, daß sie von vornherein isoliert sind und gar keine gültigen Ergebnisse hervorbringen können. Auch das hätte man schon in der Weimarer Zeit lernen können; zum Beispiel an dem vom preußischen Kultusministerium mit Fanfarenstößen angekündigten, aber völlig isolierten und dann nach kurzer Zeit als <gescheitert> abgebrochenen Versuch, die ehemalige Kadettenanstalt in Berlin-Lichterfelde in eine Versuchsschule nach reformpädagogischen Prinzipien umzuwandeln.“ ... (S. 178)

... „Längst ausgewirkt mindestens auf die Oberstufen unserer Schulen hat sich die Art, wie durch den <Numerus Clausus> der Zugang zu den Hochschulen verengt respektive versperrt wird. Abgestellt auf einen starren und sturen Notendurchschnitt muß der <Numerus clausus> alle Ansätze einer fortschrittlichen, freiheitlichen und kooperativen Erziehung und Bildung zerstören - und das ist nicht mehr nur eine Befürchtung, sondern auf breiter Basis traurige Wirklichkeit. Alles, was aus der Reformpädagogik des ersten Drittel unseres Jahrhunderts nun doch, wenn auch meist in verdünnter Form und um das <Eigentliche> gebrachte Form in unser allgemeines Schulwesen gesickert war, ist längst wieder in Frage gestellt oder bereits verschwunden angesichts des enormen Leistungsdrucks, der den einzelnen Schüler ganz auf sich zurückweist und alle Ansätze eines Lernens und Arbeitens im Team und in Gruppen zerstört.“ ... (S. 181)

.... „Aber selbst als Versuche akzeptiert das durch die CDU/ CSU und durch reaktionäre Elternverbände und Lehrer Standesorganisationen repräsentierte und zum Widerstand gegen alle Veränderungen aufgerufene deutsche Bürgertum die Gesamtschulen ebensowenig wie ihre sehr abgemilderte Form einer co-op-Schule, wie sie von der sozial-liberalen Koalition in Nordrhein-Westfalen als notwendiges Korrelat der veränderten Kommunalstruktur angekündigt wurde. Gegen sie wurde ein mit schamloser Demagogie durchgeführtes <Volksbegehren> mit Erfolg durchgepeitscht. Hier, wie gegenüber vielen anderen Reformvorhaben, wird dann das hochstilisierte und verabsolutierte Elternrecht über alle anderen Rechte erhoben - über die Rechte des Kindes wie über die Rechte der Gesellschaft. Bis hin zur Prügelstrafe und zur Kindesmißhandlung werden, wie jüngste Debatten und Sendungen unserer Massenmedien gerade wieder deutlich gemacht haben, mit flammendem Schwert die Rechte der Eltern gegenüber allen <Eingriffen> staatlicher Organe, und seien es Sozialfürsorge oder Familiengerichte, wutentbrannt verteidigt. <Vom Rechte, das mit uns geboren ist, von dem ist leider! nie die Frage>, könnten die Kinder sagen, wenn sie Goethes <Faust> schon gelesen hätten.

Dieselben restaurativen Kräfte greifen auch in den Unterricht hemmend und störend ein, sobald er etwas realitätsnäher mit dem Ziel, unsere Gesellschaft für die Schüler transparenter zu machen, erteilt wird. Und unsere Schulbueher? Nur ein Beispiel: Der mächtige Bertelsmann-Konzern, der sich vor acht Jahren einen <Pro-Schule-Verlag> angegliedert und ein etwas fortschrittlicheres Lesebuch unter dem Titel <Drucksachen> herausgegeben hat, kapitulierte Ende 1978 vor den Schwierigkeiten, die ihm die CDU/ CSU-regierten Länder bereiteten und zog sich vom Schulbuchmarkt zurück. In einer internen Studie des Konzerns heißt es dazu diplomatisch, aber deutlich: <Die Erschwernisse bei der Schulbuchproduktion und die Undurchsichtigkeit bei der Genehmigung von Schulbüchern geben zu der Frage Anlaß, ob nicht der staatlicherseits erhobene Anspruch einer Überprüfung der Gesetzes- und Verfassungskonformität zum Schutz vor einseitigen weltanschaulichen und politischen Einflüssen vielfach zu gegenteiligen Zwecken mißbraucht wird und als Vorwand für die Durchsetzung parteipolitischer Interessen und weltanschaulich-tendenziöser Ziele dient.>

<Man kapituliert schlicht>, fügte der *Kölner Stadt-Anzeiger* hinzu, <vor einer Situation, die Innovationen im Schulbereich äußerst schwierig macht. » Einmal mehr: nur keine Veränderungen, die auch nur ein wenig in Neuland führen könnten!“ ...(S. 182 f.)

„Bis 1933 waren die deutschen Volkshochschulen meist Gründungen einzelner oder kleiner Gruppen liberaler Bürger, die dann meist auch die ehrenamtliche Leitung über nahmen. Hauptamtliche und auf diesen Beruf spezifisch vorgebildete Erwachsenenbilder gab es nur in seltenen Ausnahmefällen; ebenso selten gelang es den Volkshochschulen, Menschen der <Grundschicht> als Hörer zu gewinnen. Die von den damaligen Volkshochschulen vermittelte Bildung war weitgehend schöngeistig-künstlerisch, später in der Weimarer Republik auch staatsbürgerlich-historisch, gelegentlich berufsfördernd oder zur besseren Nutzung der wachsenden Freizeit bestimmt. Ganz allgemein war man stolz darauf, daß die freiwillig besuchte Volkshochschule weder Zeugnisse noch gar <Berechtigungen> verlieh. Bildung um der Bildung willen.

1945 wurden die Volkshochschulen von denen wieder eröffnet, die 1933 die Tore hatten schließen müssen; es waren also ältere oder alte Männer, viele im Ruhestand, die in Stoffwahl und Methodik dort wieder anknüpften, wo sie 1933 zwangsweise aufgehört hatten. Hinzufügen mußte man vielerorts Fächer, für die es in der Nachkriegszeit oft keine Lehrstätten gab: Stenografie, Schreibmaschine, Schneiderkurse und andere mehr. Und dann galt es, einen großen Nachholbedarf auf den Gebieten der zeitgenössischen Literatur, Musik und bildenden Kunst zu befriedigen: viele hatten das Bedürfnis, den Anschluß an das wiederzufinden, was sich in den tausend Jahren außerhalb des Dritten Reiches entwickelt hatte. Dabei fanden die Volkshochschulen viel Hilfe bei den rasch errichteten Bildungsstätten der Besatzungsmächte. Die Gerechtigkeit gebietet es, daran zu erinnern, weil bei uns alles unter die geschmähte und verachtete <Reeducation> eingeordnet wurde, an der das Wort schlechter war als Inhalt und Methode. Dieses Kapitel endete freilich schon um 1954, als Referentenlisten und Bibliotheken der Amerikahäuser von McCarthys Abgesandten gesäubert wurden und den Engländern und Franzosen das Geld für ihre Institute ausging, mit wenigen verbleibenden Ausnahmen.

Inzwischen wuchsen die Aufgaben und Ausgaben der Volkshochschulen rapide, insbesondere dadurch, daß sie vor rund zwanzig Jahren besondere Lehrgänge für viele Tausende einrichteten, die versäumte Schulabschlüsse, vor allem den Hauptschulabschluß, nachholen wollten. Die Volkshochschulen übernahmen hier als Lückenbüßer Verpflichtungen, die eigentlich den <normalen> Schulen obgelegen hätten. Überdies schwoll die Gesamtzahl der Hörer, deren damals noch minimale Beiträge ja nur einen Bruchteil der Kosten deckten, von Jahr zu Jahr an. Gleichzeitig stand die Volkshochschule auch vor einem Problem, das viele ihrer Leiter

und Lehrer als wesensfremd nicht akzeptieren wollten; immer mehr Besucher drängten auf Bescheinigungen über ihre Teilnahme -; das Zertifikat, zunächst für einzelne Sprachen, inzwischen für immer mehr Fächer, war geboren und die zumindest partielle Verschulung der Volkshochschule war sich mehr aufzuhalten. Die Zeiten, in denen ein hessischer Kultusminister auf einem Deutschen Volkshochschultag die Volkshochschulen nicht zuletzt deshalb rühmte, weil man auf diesem Felde leichter als in der Schule mit neuen Methoden experimentieren könne, wurden im Laufe der sechziger Jahre weitgehend zur rosigen Erinnerung.

Noch schwerer wog, daß die Volkshochschulen die ihnen zugewachsenen Aufgaben nicht mehr aus eigener Kraft lösen konnten. Zwar hatten sie sich schon Anfang der fünfziger Jahre zu Landesverbänden zusammengeschlossen und diese in einer Dachorganisation verbunden; aber das waren Einrichtungen zu pädagogischem Erfahrungsaustausch, zu pädagogischer Weiterbildung und zu gemeinsamer Öffentlichkeitsarbeit. Jede Volkshochschule blieb autonom; ihre Träger waren meist <eingetragene Vereine>, denen ein beratender Beirat aus Persönlichkeiten der örtlich relevanten gesellschaftlichen Gruppen zur Seite stand; in die Programmgestaltung griffen diese Beiräte nur selten ein.

In den letzten zwanzig Jahren aber wurden die Volks hochschulen - zunächst in einzelnen Bundesländern, in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren im ganzen Bundesgebiet - von regelmäßiger, in Gesetzen geregelter Finanzhilfe des Staates abhängig. Das führte natürlich zu Auflagen, die aber zunächst meist Anforderungen an Qualifikationen der Mitarbeiter und an längerfristige Programme (Kurse und Arbeitsgemeinschaften statt Einzelvorträgen) waren; das konnte man als berechtigt akzeptieren, zumal es die Freiheit des Lehrbetriebs nicht ernstlich gefährden mußte.

Eine entscheidende Wende brachte erst die Kommunalisierung der Volkshochschulen, durch die der freie Spielraum in der Auswahl der Referenten und der Themen vielerorts wesentlich eingeengt wurde. Denn nun untersteht die pädagogische Leitung nicht mehr einem Gremium, in dem und mit dem man in den allermeisten Fällen sachbezogen diskutieren und danach relativ frei entscheiden konnte, sondern die kommunale Volkshochschule kam in die direkte Abhängigkeit der politisch gewählten kommunalen Körperschaften. Das mindeste, was dazu zu sagen ist, ist die Unsicherheit, die dadurch nach jeder Neuwahl der Gemeinde und Stadtparlamente (auch der Kreistage für die Kreisvolkshochschulen) und dem damit oft verbundenen Wechsel der zuständigen Dezernenten entstand. Dabei bedurfte es gar nicht unbedingt einer <Ablösung> sozialdemokratischer oder sozial-liberaler Mehrheiten durch CDU/CSU- Mehrheiten, wie sie sich in den letzten Jahren in so vielen westdeutschen Städten und Gemeinden vollzogen hat. Oft genug paßten sich auch <linke> Mehrheiten schon im voraus dem möglichen parteipolitischen <Machtwechsel> an, oft unter dem Druck der Hetze, die in der örtlichen Zeitung, die ja meist Monopolcharakter hatte, gegen Volkshochschulleiter entfesselt wurde, die vor allem auf dem Gebiet der politischen Bildung (Auseinandersetzung mit Drittem Reich und Neonazismus) noch etwas unternahmen. So kann man in vielen Orten nicht mehr sagen, daß Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes (Freiheit der Lehre) auch für die Volkshochschule gilt.

Wie zum Hohn hat sich auch das Linsengericht der staatlichen Finanzierung, für das man, unter Druck, sein <Erstgeburtsrecht> verkauft hatte, als gar nicht so reichhaltig erwiesen, wie man das erhofft hatte. Dafür gibt es zwei Gründe: einmal drängten sich in den einzelnen Ländern neben der Volkshochschule zehn und mehr andere Erwachsenenbildungsorganisationen zur Kasse, und zum anderen war diese Kasse bei weitem nicht so gut gefüllt, wie man das in den Jahren der Hochkonjunktur und angesichts der ersten Versprechungen der sozial-liberalen Koalition erhofft hatte. Diese Verknappung der Mittel, die den Volkshochschulen

zukommen sollten, hatte vor allem die Folge, daß die angestrebte Professionalisierung der Erwachsenenbildung, das heißt die erhebliche Verstärkung der Zahl der hauptamtlichen für diesen Beruf ausgebildeten Kräfte nicht annähernd in dem versprochenen Ausmaß und Tempo vorankam. 1969 hatte zwar die Kultusministerkonferenz die Einrichtung von universitären Lehrgängen für Diplompädagogen mit Schwerpunkt Erwachsenenbildung und außerschulische Jugendarbeit beschlossen und damit die Universitäten organisch mit der außeruniversitären Erwachsenenbildung verknüpft - aber als 1973, 1974 und in den folgenden Jahren diese Gruppe von Studierenden diese Diplome erworben hatte, gab und gibt es für sie nur wenige entsprechende Stellen, etwa als pädagogische Mitarbeiter oder Abteilungsleiter an den finanziell stagnierenden oder sogar schrumpfenden Volkshochschulen. Ein qualitatives Absinken der Erwachsenenbildungsarbeit ist vielerorts zu erwarten. - So überwiegen auch für die pädagogische Arbeit extra muros unsere Sorgen und Befürchtungen bei weitem die Hoffnungen, die wir in der Weimarer Republik und dann wieder seit 1945 gehegt hatten.“... (S191 f.)

„Ich habe die Bildungspolitik herausgegriffen, als Beispiel. Aber nun muß ich sie wieder einordnen in die anderen restaurativen Tendenzen, die unsere Republik bedrohen:

Bundestag und Bundesverfassungsgericht maßen sich Kompetenzen an, die in der Konzeption des Grundgesetzes nicht vorgesehen waren.

Artikel 38 unseres Grundgesetzes ist längst zur Farce geworden: Abgeordnete, die - abweichend von der Mehrheit ihrer Fraktionen - ihrem Gewissen folgen wollen, werden unter einen erpresserischen Druck versetzt, der ihnen das Rückgrat brechen muß.

Entscheidungen, etwa zur Kernenergie, die das Schicksal vieler Generationen bestimmen können, werden nicht nach Sachkompetenz, sondern nach kurzfristigen koalitions- oder oppositionspolitischen Gesichtspunkten getroffen.

Unser Wirtschaftssystem vermag die für Millionen lebenswichtigen Probleme (Arbeit für alle und Humanisierung des Arbeitsplatzes sowie eine gerechtere Verteilung der Einkommen) eindeutig nicht zu lösen, aber seine Veränderung ist tabu; verdächtigt und diffamiert wird, wer dafür eintritt, die Notwendigkeit von Veränderungen auch nur zu erwägen.

Auch das sind nur Beispiele.

Und die Gegenkräfte? Haben wir berechtigtere Hoffnung als 1932/33, daß die nichtrestaurativen Parteien und die Gewerkschaften diesmal das Schlimmste verhüten werden?

Gründe genug also zum <heiligen Zorn>. Aber auch Verpflichtung genug, trotzdem der Sache treu zu bleiben, der <wir zornigen alten Männer> uns in unserer Jugend geschworen haben. Immerhin: wir sind nicht allein, und unsere Sorgen teilen auch viele, die heute jung sind.“ (S. 192) Fabian: Ende

Heinrich Albertz

„Zu den merkwürdigen Nebenerfahrungen beim Gespräch über die letzten dreißig oder vierzig Jahre gehört es für mich, wie wichtig auch kleine Unterschiede in den Geburtsdaten sein können. Wenn wir früher nach Generationen rechneten, so hat es heute ein großes Gewicht,

ob man 1910 oder 1915 oder 1920 geboren wurde. Denn an diesen Daten hängen ganz unterschiedliche Erfahrungen und Einstellungen. Wer die sterbende Weimarer Republik gerade noch mit Bewußtsein miterleben konnte, sieht diese anders als einer, der erst nach 1933 zu denken begann. Wer gar erst nach der Vollendung der Katastrophe 1945 erwachsen wurde, beurteilt die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland wieder völlig anders. So können schon fünf Jahre Altersunterschied ganz andere Einsichten vermitteln, als sie der Jüngere oder Ältere haben kann.

1933 war ich achtzehn Jahre alt und damit 1945 gerade dreißig. Für diese so eingegrenzte <Generation> bedeutete der Zusammenbruch des Dritten Reiches überhaupt erst der Beginn des Lebens. Denn vorher waren nur Zwang und Krieg gewesen und für die, die nicht mit der Masse liefen, war der Staat nur als Polizei- und Überwachungsorgan präsent. Der 8. Mai 1945 bedeutete Freiheit und Befreiung und den Anfang aller denkbaren Möglichkeiten. Alles, was es nicht gegeben hatte, konnte nun beginnen. Das ist der Grund, warum jene ersten Jahre für meine Altersgruppe wie in einem verklärten Licht erscheinen, trotzdem doch damals schon erkennbar war, was tatsächlich geschah: kein Aufbruch des geschlagenen und schuldig gewordenen Volkes zu einem wirklich neuen Anfang, nur eine verschwindende Minderheit von Überlebenden, von wenigen jungen Leuten, die zur Demokratie entschlossen waren, und die Besatzungsmächte, die ihre Vorstellung von Demokratie einem auf die nackte Existenz gewiesenen aufgeteilten Deutschland von oben verordneten. Daß das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland niemals einer Volksabstimmung unterworfen wurde, das große Angebot der Freiheit seiner Grundrechte nie voll aufgenommen und die Regeln der Verfassung deshalb im besten Falle der Rahmen für eine äußerlich funktionierende Demokratie geworden sind, scheint mir die eigentliche Ursache für alle Fehlentwicklungen zu sein, die wir heute beklagen. Die, die heute Großväter sind, haben es nicht verstanden, ihren Söhnen und Töchtern die Umkehr wirklich glaubwürdig zu machen. Und die, die jetzt Väter sind, haben längst vergessen, welche Möglichkeiten damals verspielt wurden. Weil eine Revolution nicht stattfand, weil Schuldige nicht gesucht und gefunden wurden, ja, weil die Gesamthaftung eines Volkes überhaupt niemals ernst genommen worden ist, blieb die Chance der vielberedeten «Stunde Null» vertan. Dazu kam jener einmalige Vorgang, daß die Besiegten innerhalb von fünf Jahren in beiden Teilen Deutschlands auf die Seite der jeweiligen Sieger gerieten und schon nach kurzer Zeit der Eindruck entstand, in Wahrheit hätten die Deutschen den Krieg gewonnen. Dies konnte nicht gutgehen, weder politisch noch im Sinne einer öffentlichen Moral; es konnte nicht gutgehen, weil es so schnell wieder gutging. Das Wechselbad zwischen eisiger Verachtung und neuer Zukunftswärme kam zu schnell. Auch jedes andere Volk hätte es wohl nicht ausgehalten. So wurde der Abstand zwischen behaupteter Demokratie von der Wirklichkeit einfach fortgeschriebener Autoritätsstrukturen immer größer, der Freiheitsbegriff des Grundgesetzes weithin zu einer Karikatur der Freiheit der Ellenbogen des Stärkeren und der Traum von der Einheit des Volkes und des Landes immer mehr zu einer frommen Nationallüge.“ ... (S. 193 ff.)

„Denn das einsame Stuttgarter Schuldbekenntnis der evangelischen Kirche wurde ja nie gehört. In anderen Schicksalsfragen der Nation ist geschwiegen oder nur halb geredet oder der Widerspruch zu politischen Fehlentwicklungen christlichen Minderheiten lassen worden. Denn auch die beiden großen Amtskirchen hatten sich ja sehr schnell und scheinbar mühelos der allge meinen Restauration alter Strukturen angepaßt und sahen bald wieder so aus wie vor 1933.

Nur wenn dies alles bedacht wird, kann der Aufbruch der Studenten gegen die Herrschenden, gegen das, was sie das «Establishment» nannten, richtig gewertet werden. Natürlich war die Rebellion der jungen Leute an den Universitäten und Hochschulen ein weltweiter Vorgang.

Aber auch da, wo sie ihre Wurzeln hatte, etwa in Berkeley, in den Vereinigten Staaten, war es ein Protest gegen eine immer deutlicher werdende Unglaubwürdigkeit derer, die die politische Verantwortung trugen. Daß diese Rebellion zu einem ganz wesentlichen Teil von Berlin ausging, war wirklich kein Zufall. Denn hier wurden die Widersprüche zwischen Gesagtem und Getanem besonders deutlich und hier waren die für den Völkermord in Vietnam Verantwortlichen auch un mittelbar präsent. Diese Mischung zwischen einer immer deutlicheren Verweigerung, an einer nur formalen Demokratie mitzuwirken, und die tiefe Enttäuschung über das Verhalten der Weltmacht, die sich als Garant der Freiheit vorstellte, gab die Schubkraft für einen Ausbruch, den keiner, der damals Verantwortung hatte, voraussehen konnte. Er wurde noch verstärkt durch die bitteren Erfahrungen vor Ort, das heißt an den Berliner Hochschulen selbst und hier wieder besonders an der Freien Universität, die ihrem an spruchsvollen Namen längst nicht mehr in ihrer Wirklichkeit entsprach und in die Strukturen einer reinen Ordinarien Universität zurückgefallen war. Für mich sind jene Jahre von 1965 bis 1967 noch heute aus einem zweifachen Grunde bedrückend:

Erstens, weil sie ein klassisches Beispiel dafür sind, wie schwer es trotz aller modernen Informationsmöglichkeiten für politisch Verantwortliche bleibt, Veränderungen im politischen Gefüge rechtzeitig wahrzunehmen und ihre Motive zu erklären. Zweitens, wie noch viel schwieriger es ist, aus den erkannten Veränderungen auch eine Veränderung des politischen Verhaltens herbeizuführen. Die Entscheidung darüber, ob eine harte Konfrontation staatlicher Gewalt gegen die rebellierenden Studenten oder ein mühseliger Dialog über ihre Motive und damit ein Lernprozeß bei allen Beteiligten das richtige Mittel sei, den Konflikt der Generationen für die Zukunft fruchtbar zu machen, kam viel zu spät. Der Tod des Studenten Benno Ohnesorg und das Attentat auf Rudi Dutschke mit all seinen Folgen hätte vielleicht vermieden werden können, wenn wir Älteren all das, was wir ja zum großen Teil selbst erkannt hatten, auch offen zur Sprache gebracht und die nötigen Konsequenzen rechtzeitig gezogen hätten. Universitätsreformen, das Wagnis von mehr Demokratie in allen Lebensbereichen, die Mithaftung für das, was in Vietnam und in großen Teilen der Dritten Welt vor aller Augen lag, waren ja im Grunde unbestreitbar notwendig. Aber anstatt das Notwendige zu tun oder wenigstens die Voraussetzung dafür zu schaffen, blieben für mich bis in den Sommer 1967 und für die meisten anderen noch bis in die späten sechziger Jahre das wichtigste Mittel der Auseinandersetzung mit den Studenten die Polizei und der Verfassungsschutz. Mein Rücktritt im Oktober 1967 hat daran nichts geändert, sondern im Gegenteil einen ausgeprochenen Scharfmacher ins Amt des Berliner Bürgermeisters und Innensenators geführt. Die Eskalation wurde auf die Spitze getrieben. Wäre im Februar 1968 nicht durch das mutige Eintreten von Bischof Scharf die Aufhebung des Verbots der internationalen Vietnam-Demonstration in einem couragierten Gerichtsbeschluß erzwungen worden, wäre es in den Straßen von Berlin zu einer bürgerkriegsähnlichen Situation gekommen.“ ... (S. 196 ff.) Alberts: Ende

Wolf Graf von Baudissin

... „*Sch.*: Auf der einen Seite stand also die Forderung nach Radikalität im Neubeginn und auf der anderen durch die personelle Kontinuität zwischen Wehrmacht und Bundeswehr das Unvermögen, den Bruch mit der Vergangenheit zu vollziehen. War das nicht ein Widerspruch, der von Anfang die Entwicklung der Bundeswehr belasten mußte?

Baudissin: Das war es natürlich. Aber wir hatten keine Wahl. Es war die Entscheidung der verfassungsgemäß zuständigen Instanzen, westdeutsche Streitkräfte aufzustellen, und das wäre zu diesem Zeitpunkt ohne einen Teil der ehemaligen Angehörigen von Reichswehr und Wehrmacht nicht möglich gewesen.

Trotzdem: falls die regierende Partei und der verantwortliche Minister sich damals eindeutig mit der Konzeption der Inneren Führung identifiziert und über dies noch eine entsprechende Personalpolitik betrieben hätten, dann wäre es - davon bin ich überzeugt - durchaus möglich gewesen, das Praktizieren des Konzepts als <opportun> erscheinen zu lassen und ihm damit zu allgemeiner Geltung zu verhelfen. Man soll die prägende Kraft des Stils in einer Hierarchie nicht unterschätzen.

Mir muß ich den Vorwurf machen, daß es mir damals an politischer Phantasie fehlte, mir vorzustellen, daß die regierende Partei, die Union, im Grunde genommen nie recht begriffen hat, worum es ging. Für sie war ein Oberst der Wehrmacht eben ein Oberst. Man verkannte, daß mit dem gewaltsamen Ende des Dritten Reiches und dem radikalen Systemwechsel 1947 - auch bei bestem Willen der Beteiligten - noch keine verlässlichen Demokraten zur Stelle waren. Selbst das Bestreben, Lehren aus den Irrwegen der Vergangenheit zu ziehen, führte den einzelnen nicht ohne weiteres zu einem Staats- und Gesellschaftsverständnis, das dem Grundgesetz entsprach, geschweige denn zu der Überzeugung und dem Verhalten, wie es Beamten- und Soldatengesetz verlangen. Doch gerade junge Demokratien und neu aufgestellte Streitkräfte sind auf die demokratischen Qualitäten ihrer Beamten und Offiziere in besonderem Maße angewiesen. Diese Haltung war aber nicht ohne weiteres bei ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht vorauszusetzen. Auch wenn sich mancher Anti-Nazi in die Truppe geflüchtet hatte, auch wenn die Offiziere einen namhaften Anteil des Widerstands gestellt hatten, so blieben sie doch eine ausgesprochene Minderheit.“ ... (S. 213 ff.)

... „Nach gründlicher Analyse gingen wir bei der Entwicklung des Konzepts der Inneren Führung von den Prämissen aus,

- daß mit dem Zusammenbruch des NS-Regimes im Mai 1945 eine Epoche deutscher und europäischer Geschichte unwiderruflich zu Ende gegangen sei;
- daß die Aufstellung neuer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland ein innen- wie außenpolitisches Problem von höchster Brisanz sei und bleiben werde;
- daß ein Staat mittlerer Größe in der geo-strategischen Lage der Bundesrepublik seine Sicherheit vor Eingriffen von außen nur noch im Rahmen eines Bündnisses gewährleisten könne;
- daß Streitkräfte im Kernwaffenzeitalter nur noch kriegsverhütende, äußerstenfalls friedenswiederherstellende Funktionen haben dürften;
- daß die Abschreckungsstrategie den Ernstfall bereits in den Frieden verlege und daß demzufolge die politische Bedeutung des täglichen Routinedienstes sowie das Kriegsbild eine Revolutionierung des soldatischen Selbstverständnisses zwangsläufig mit sich bringe;
- daß Streitkräfte - wie andere Organisationen - zum maßgeblichen Teil ein Sozialsystem seien und daher genau wie Staat und Gesellschaft die peinliche Achtung der menschlichen Würde verlangten;
- daß die Soldaten als Angehörige des öffentlichen Dienstes Staatsbürger in Uniform seien, deren Pflichten sich von den Rechten ableiten, und daß sie eine der differenziertesten modernen Berufsgruppen bilden, deren Selbstverständnis sich nicht mehr vom Krieg und Sieg, sondern von der Sicherung des Friedens ableite;

- daß der Staatsbürger in Uniform zugleich Leitbild sei für rationale und kooperative Führung, die auf allen Ebenen der Ausbildung, Erziehung und Bildung das funktional Erforderliche konsequent verlangen müsse;
- daß also die Lehre vom unaufgebbaren Gegensatz zwischen Zivil und Militär und von der politisch- gesellschaftlichen Exterritorialität der Soldaten eine wirklichkeitsfremde, gefährliche Ideologie sei.

Sch.: Wann kam für Sie, den geistigen Gründer und verantwortlichen Planer dieser neuen Konzeption soldatischer Menschenführung, der Zeitpunkt der Ernüchterung, an dem Sie sich sagen müßten, daß das revolutionäre Konzept zum Teil zu scheitern drohte?

Baudissin: Relativ bald; doch war mir natürlich bewußt, daß so tiefgreifende Reformen nicht kampflos durchzusetzen seien. Auch kannte ich ja das Schicksal der Scharnhorst-Gneisenauschen Reformen und der ihnen folgenden Ansätze. Ich war allerdings überrascht, wie bald die Reformbestrebungen erlahmten und dem Gefälle der Restauration nachgaben.“... (S. 215 ff.)

Sch.: Die von Ihnen immer wieder betonte politische Korrelation zwischen Staat und Streitkräften in der parlamentarischen Demokratie legt doch den Gedanken nahe, daß sich in der Entwicklung der Bundeswehr auch die der ganzen Nation widerspiegelt. Weisen damit nicht die rechtsradikalen Tendenzen in der Bundeswehr auf eine allgemeine politische Entwicklung in diesem Staat hin?

Baudissin: Um zu einem ausgewogenen Urteil zu kommen, muß man wohl stärker differenzieren. Sicher repräsentieren die Wehrpflichtigen ihre Jahrgänge zu einem erheblichen Grad. Doch verfärbt bereits ein stärkerer Anteil an Kriegsdienstverweigerern das Spektrum unrealistisch nach rechts.

Bei den freiwillig Längerdienenden und späteren Berufssoldaten handelt es sich ebenfalls um eine Auslese. Ihre politische Einstellung spiegelt die Gesellschaft nur sehr bedingt wider - zumindest solange sich manch <guter Demokrat> für zu schade für diesen Dienst hält.

Auch sollte man beachten, daß die wissenschaftliche Untersuchung, von der Sie sprechen, bei Studenten einer Bundeswehr-Hochschule stärkere Neigungen zum Rechtsextremismus aufweist als bei Pädagogikstudenten gleichen Alters - aber auch im Vergleich zu den Offizieren eines Luftwaffenverbandes. Im übrigen sind Ansatz und Methoden der angesprochenen Analyse nicht unumstritten.

Ich habe mit Extremisten aller Richtungen wenig im Sinn und halte ihre Ideologien für ebenso erschreckend inhuman wie unpolitisch. Doch scheinen sie mir zur Zeit weder in unserer Gesellschaft noch in der Bundeswehr eine ernstzunehmende Rolle zu spielen.

Sch.: Ist die Bundeswehr, als ein Faktor der großen erfolgreichen Wohlstandsgesellschaft, gemessen an den ersten Jahren ihres Bestehens konservativer, um nicht zu sagen reaktionärer geworden?

Baudissin: Eine so einfache Formel trifft den komplizierten Tatbestand nicht. Vergleicht man das heutige Klima in der Bundeswehr mit dem der fünfziger und frühen sechziger Jahre, so haben die heftigen Auseinandersetzungen um Sinn und Einzelregelungen der Inneren Führung

aufgehört. Die heutigen Offiziere sind mit dem Konzept aufgewachsen und beherrschen ihr Handwerk - jedenfalls technisch.

Der Zustand hat seine Vorteile, aber auch seine Gefahren. Auf der einen Seite kann man sich endlich auf seine Funktion konzentrieren, ohne das Ganze dauernd in Frage zu stellen. Andererseits droht eine zunehmende Begnügung im rein technokratisch-bürokratischen Funktionieren. Das ist sicher keine spezifisch militärische Entwicklung; wir finden sie heute in allen großen Apparaturen. Doch gefährdet sie in der Bundeswehr zunächst einmal den menschlichen Zusammenhalt und damit die soziale Motivation der einzelnen und die politische Effizienz des ganzen. Vor allem aber verdrängt sie einen der zentralen Ansätze der Reform: das Bewußtsein vom politischen Charakter alles militärischen Führens.“ ... (S. 220 ff) von Baudissin: Ende

Fritz Sänger

Nach 1945 sahen wir einander wieder: Hans Hedtoft, der Freund aus frohen Jugendtagen, nun dänischer Ministerpräsident, und ich. Wir blickten auf den Trümmerhaufen Deutschland. Er sagte: <Wenn eure gebildeten Bürger wenigstens jetzt das Gesetz von Ursache und Wirkung begreifen würden! Wenn sie endlich den Zusammenhang der Ereignisse verstehen würden!> Es war klar, daß er nicht an die Erfüllung solcher Hoffnungen glaubte. Und er behielt recht. Sehr vieles, was später geschah, hat mich dann immer wieder an diesen resignierenden Seufzer eines Freundes der Deutschen erinnert.

Wir glaubten fest daran, daß es diesmal anders kommen müsse als nach 1918.

Damals retteten vor allem die Sozialdemokraten das Reich vor dem Untergang. Der Kaiser war nach Holland geflohen. Diejenigen aber, die dem überheblichen Monarchen seine Selbstherrlichkeit, seine Geltungssucht und seinen maßlosen Militarismus ermöglicht hatten, die blieben im Lande und nahmen alsbald ihre einstigen Positionen wieder ein. Und dieselben Kräfte in Verwaltung und Justiz, Armee und Universität waren es später, die Hitlers Macht Übernahme überhaupt erst ermöglichten. Damit begannen die zwölf verhängnisvollsten Jahre der neueren deutschen Geschichte, an deren Ende die vollständige Niederlage stand.

Es schien undenkbar, daß sich danach die folgenreichen Irrtümer und Versäumnisse der Republik von Weimar wiederholen könnten. Heute wissen wir, daß diese Hoffnungen nur sehr unvollkommen erfüllt wurden.

Die wichtigsten Helfer Hitlers wurden in den Nürnberger Prozessen verurteilt, andere aber tauchten unter in der Masse des Volkes, das die Folgen der nationalsozialistischen Verbrechen auf sich nehmen mußte. Nicht lange, da kamen die Nutznießer und begeisterten Mitläufer des Nazi-Regimes wieder zum Vorschein; und nicht wenige von ihnen befanden sich bald wieder in einflußreichen Positionen.

Es zeigte sich noch etwas anderes. An den Methoden des Gewaltstaates hatte so mancher Gefallen gefunden, der gar nicht zu Hitlers Anhängern gehört hatte. Das galt übrigens für beide Teile Deutschlands. Gewiß ist in der Bundesrepublik eine veränderte, eine freiere Atmosphère spürbar; auch soll die außerordentliche Leistung des Wiederaufbaus nicht gelegnet werden; die freilich von Unternehmern und Arbeitnehmern, von allen Kreisen und Schichten vollbracht wurde und bei deren Würdigung auch an die Hilfe durch den Marshall-Plan er-

innert werden muß; sie wird heute gern vergessen. Bald stellte sich heraus, daß von dem sogenannten <Wirtschaftswunder> durchaus nicht alle Teile des Volkes gleichermaßen profitierten. Und diese zunehmende Ungleichheit der materiellen Chancen spiegelte sich auch im politischen Leben wider.

Zwar waren den Bürgern der Bundesrepublik wichtige Grundrechte garantiert; aber zwischen Grundgesetz und politischer Praxis entwickelten sich bemerkenswerte, oft verderbliche Unterschiede. Der Bürger gewann nur wenig an unmittelbarem Einfluß, ja, er muß um die Sicherung seiner Rechte ringen. Hier nun ist der Punkt, wo die Freiheit der Meinung auf entscheidende Weise ins Spiel kommt.

Nirgends auf der Welt gibt es Demokratie ohne lebendiges demokratisches Bewußtsein der Bevölkerung. Und dieses Bewußtsein kann sich nur durch Erfahrung entwickeln, durch Nachdenken, Wissen und Wollen - und all das lebt von freier Information. Die informierte Gesellschaft - eine Idee aus dem vergangenen Jahrhundert - ist Voraussetzung jeder Entwicklung zu größerer Freiheit. Aus eben diesem Grunde wird sie von den beharrenden Kräften beargwöhnt - und von der erklärten Reaktion erbittert bekämpft und wenn möglich unterdrückt. Daher ersetzte der Nationalsozialismus Information durch Propaganda, Diskussion durch Anordnung. Daraus zogen die Verfasser unseres Grundgesetzes Lehren und legten in Artikel 5 fest:

<Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.> ... (S. 225 ff.) Sängers: Ende

Bernt Engelmann

„Bernt Engelmann, Jahrgang 1921, kam 1945 kahlgeschoren und nur noch 36 Kilo schwer aus dem Konzentrationslager Dachau. Der Vierundzwanzigjährige, der im Krieg aktiven Widerstand geleistet hatte, war damals, wie er sich erinnert, <überzeugt davon, daß es in Deutschland mit dem Nazismus, dem Militarismus und auch mit dem für beide verantwortlichen Kapitalismus nun endgültig vorbei> sein würde.

Aber: «Meine Hoffnungen wurden enttäuscht. Der Kalte Krieg lockte alles wieder hervor aus den Löchern, was wir für immer beseitigt geglaubt hatten. Die Jahre der Restauration eines Obrigkeitsstaates mit demokratischem Anstrich waren für mich Jahre der Resignation. Aber das ging vorüber. Etwa von 1960 an nahm ich den Kampf wieder auf - mit der Schreibmaschine, mit der ich zunächst Gesellschaftskritik in satirischer Form produzierte.“... (S.241) Engelmann: Ende

Jean Améry

„Zorn erhält jung, sagt man. Ist er aber begleitet vom Gefühl völliger Ohnmacht, führt er hin zu einer Trauer, die keine <Trauerarbeit> im Sinne der Psychoanalyse ist, sondern Resignation. Und diese macht alt, zweifellos. Man spricht in den Wind. Die Stimme wird brüchig, muß erlöschen, noch ehe der Sprechende abtritt. Dennoch, der ohnmächtige Zorn ist da. Von ihm ist hier zu handeln, von den Ursachen, auch den immerhin und trotz allem möglichen

Wirkungen. - Da fordere ich zunächst die Erlaubnis an, in der ersten Person sprechen zu dürfen, da es nämlich einen Grad der persönlichen Betroffenheit gibt, der jeden Versuch einer Distanznahme zur Fälschung des psychologischen nicht nur, sondern auch des moralischen und politischen Sachverhalts machen muß. Wie war es doch und wie ist es?

1945, <auferstanden von den Toten>, wie es im katholischen Glaubensbekenntnis heißt, den Kopf noch schwer von den Prügeln und dem eigenen vergeblichen Grübeln, bildete ich mir ein, die Welt gehöre uns: den Geschlagenen, die zu Siegern geworden waren, den Utopisten, deren zügelloseste Träume urplötzlich überboten schienen von der Wirklichkeit, den Visionären einer Zukunft, die nun Gegenwart war- und die heute uns selber als tiefste Vergangenheit erscheint. Das radikal Böse, so meinten wir, sei vernichtet. Man müsse nur ans Aufräumen des Unrats gehen, den es uns hinterlassen hatte, und die Welt werde sein, wie wir sie uns gewünscht hatten: frei, gerecht, brüderlich. Wie naiv, ja kindisch müssen unsere Vorstellungen doch den Zeitgenossen erscheinen, namentlich den jungen! Wie naiv waren wir tatsächlich? Gerade so wie ein jeder es ist, der da glaubt, es könne je Hoffnung sich totaliter verwirklichen.

Was mich angeht, so war ich 1945 nach meiner Befreiung aus zweijähriger KZ-Haft ganz unfähig, wohl auch gar nicht willens, die realen Kräfteverhältnisse zu erkennen, zu erschauen, wer nunmehr gegen wen stand und morgen stehen würde. Während sich schon ganz neue Fronten formierten und viele nach einem (zu Recht oder Unrecht, ich weiß es nicht) Winston Churchill zugesprochenen Wort meinten, man habe in Hitler <das falsche Schwein geschlachtet>, lebten wir noch im Vorstellungsschema der Résistance: wer gegen Hitler gefochten hatte, war unser Freund, wer an des Scheusals Seite gestanden war, unser Feind; so einfach erschien uns alles. Amerikaner, Engländer, Franzosen, Russen, Liberale, militante Katholiken und Protestanten, Sozialisten, Kommunisten, sie waren uns alle gleich lieb als Weggenossen. Die USA, das war für uns immer noch Roosevelt und sein New Deal; die Sowjetunion war uns das Opferland, als solches heilig und unantastbar. Erzählte man uns von den erbitterten Kämpfen, die noch während des Krieges innerhalb des rechten und des linken Flügels der Widerstandsbewegungen ausgefochten worden waren, verstopften wir uns die Ohren. Vor unseren Augen spielte in Frankreich sich das <letzte Gefecht> zwischen de Gaulle und den Kommunisten ab, in dem beide Verlierer waren, aber wir wollten es nicht sehen. Es gab nur hie Nazismus (noch verbarg man ja nicht taschenspielerisch den Begriff des Nazismus hinter dem des <Faschismus> auf der Linken, des <Totalitarismus> auf der Rechten!), hie Antinazismus. Wir lebten in der Illusion einer alle demokratischen Kräfte umgreifenden <Volks front>, die von einem spießigen, aber wackeren Babbitt hinreichte zu einem den ideologischen Lehrgängen der KP eifrig folgenden Iwan Iwanowitsch. Wir waren, hoffe ich, nicht dumm. Aber wir waren miserabel informiert - und überdies tat der Schädel weh. Auch waren wir nicht frei von einer sich heute gewiß komisch ausnehmenden Sieges-Euphorie. Wir hatten vielleicht nichts getan, als ebenso blödsinnig konzipierte wie wirkungslose Flugblätter zu verteilen. Dies aber, so glaubten wir, gab uns das Recht mitzumarschieren in Reih und Glied mit den Verteidigern von Stalingrad und den Soldaten der anglo-amerikanischen Landung in der Normandie. Über solchen Unsinn dürfen *wir* heute lachen: aber ich untersage auch nur das leiseste Schmunzeln denen, die nicht mit uns im Abgrund waren, sei es, weil sie zu jung, sei es, weil sie zu vorsichtig waren.“ ... (S. 258 ff.)

... „Ich finde mich wieder unter meinesgleichen in der Epoche unserer großen Illusionen, der unmittelbaren Nachkriegszeit. Diese ist vielfach interpretierbar, und die argumentativ stärksten Interpretationen sind einerseits die marxistische, andererseits die bar machtpolitische. Der Widerstand war, so scheint mir, getragen vom *élan vital* eines *linken* Politikverständnisses, und zwar auch dort, wo er national getönt war, wobei ich hier nicht nur den französischen

Gaullismus meine, sondern, was vielleicht heftigen Widerspruch erregen wird, auch die konservative deutsche Resistenz gegen Hitler, die ihren Höhepunkt am 20. Juli 1944 fand. Die Offiziere, die sich damals - wohl zu halbherzig und zu spät - aufrafften, das Dritte Reich zu stürzen, waren natürlich Männer der Rechten, es ist sonnenklar. Sie wollten ja Deutschland nicht nur vom Nationalsozialismus (dem sie wacker gedient hatten!) befreien, wollten es zugleich oder vor allem aber behüten vor dem Bolschewismus. Weltpolitisch hätte ihr Erfolg gewiß keine guten Früchte reifen lassen. Sie waren ja, wendet man die gängigen Kategorien an, die mir freilich im Nachdenken mehr und mehr als revisionsbedürftig erscheinen, nicht nur konservativ, sondern erzreaktionär. Dennoch gehe ich, heute, mehr als drei Jahrzehnte danach und nunmehr in voller Kenntnis der konkreten Situation, ledig auch aller Illusionen, nicht davon ab, daß ihre tiefsten Beweggründe, die sie gewiß nicht hätten aussprechen wollen, deren sie sich auch kaum bewußt waren, sich ins Weltbild der Linken fügen lassen, dies freilich nur unter der Voraussetzung, daß wir zur Begriffsrevision bereit sind und unter links nicht länger eine Einstellung zum Problem der ökonomischen Herrschaft verstehen, sondern wesentlich einen radikalen Humanismus.

Daß dabei der durchaus marxistisch zu verstehende Klassenkampf weiterging und daß die tapferen Männer des 20. Juli im Falle ihres Triumphs ihn *gegen* die Linke geführt hätten, ist eine andere Sache; die enthält übrigens tiefere und erschreckendere Kontradiktionen, als marxistische Analyse zu begreifen imstande wäre, da die Widersprüche in Seelenräumen von Menschen ausgefochten wurden und es, *hélas*, noch immer nichts gibt, was man eine marxistische Psychologie nennen dürfte. Aber der deutsche Widerstand der 20. Juli-Männer, denen ich hier humanistische Motive zubillige und damit für mich in letzter Analyse linke, den ganzen Linksbegriff im Keime schon revidierende, waren nur eine Randerscheinung. Im Zentrum stand eine Résistance, die nun im engeren und engsten Sinne links war, will sagen: am entschiedensten und auf unvergeßlich aufopfern de Weise von Kommunisten inspiriert. Gerade mit ihnen meinten wir alle, *<le peuple de la nuit>*, von dem einmal in einer großartigen Rede de Gaulle gesprochen hatte, man werde nun reinen Tisch machen mit den Bedrängern. Die alten Herrschaftsstrukturen, so bildeten wir uns ein, würden zusammenbrechen ganz von selber; wir würden es kaum nötig haben, noch zu stoßen, was ohnehin schon fiel.“... (S.262 f.)

Aus unseren zügellosen Befreiungsträumen weckte uns erst 1948 der Kalte Krieg. Blickt man heute zurück in Zorn und Trauer, erkennt man, wie damals traditionelle Macht politik und Klassenpolitik einander überschneiden bis zur Kongruenz, auseinanderfielen, nur um sich wieder zusammenzufügen, und wie darum beide Interpretationen, von denen ich oben sprach, die marxistische und die realpolitische, gültig sind. Zwei Großmächte, die einzigen, die als solche überlebt hatten, standen einander gegenüber, die UdSSR und die USA. In ihrem Schatten duckten sich die Klassen, bereit, nicht zum «letzten Gefecht», wohl aber zu einem lange währenden Kleinkrieg. Dabei konnte es nicht abgehen ohne schwere Irrtümer im linken Lager, denen ich ebenso unterlag wie allzu viele meiner Freunde.“... (S. 262 f.)

... „Sie wollten Deutschland wiederaufrüsten. Bald sollte es dahin kommen, daß sie die Nazi-Kriegsverbrecher mit Glacéhandschuhen anfaßten. Diese waren ja, soweit sie überlebt hatten, tatsächlich die eigentlichen Kalkriegsgewinner. *<Der Kaiser ging, die Generäle blieben>* hatte einst Plivier geschrieben. Hitler war tot, seine Gefolgsleute lebten, traten einen recht kurzen Marsch durch die deutschen Institutionen an, woselbst sie sich alsbald einnisteten. Und brachten sie das nicht gerade zu hohen Amtswürden wie jener unsägliche Globke, so bereicherten sie das schon eintretende deutsche *<Wirtschaftswunder>* durch jene Effizienz, mit der sie einst dem Führer geholfen hatten, seine Mordvorhaben durchzuführen. - Wir Auferstandenen sahen blöde ungläubig in die Welt. Vielen von uns drohten neue (wenn auch mit

den voraufgegangenen keineswegs vergleichbare!) Verfolgungen. Opfer des Nazi-Regimes zu sein wurde zu einer schimpflichen Sache in Tagen, wo in den USA McCarthy den Ton angab und man dort das Wort vom *premature anti-fascism* erfand. John Foster Dulles war der Außenminister aller europäischen Länder. Die Kommunisten waren aus den Regierungen der westeuropäischen Staaten hinausmanövriert worden. Der Widerstand wurde zur Folklore. So lernte man hassen. Nur allzugut - und schamvoll - erinnere ich mich an die Tage, da ich alles Amerikanische verabscheute wie die Pest und andererseits sogar die Prozesse gegen Slansky und Rajk mit Skepsis zwar, aber ohne dezidierten Protest hinnahm. Vielleicht waren diese wirklich Verräter, dachte ich, und den noch viel erbärmlicheren Satz: Wo gehobelt wird, fallen Späne.“ ... (S.263 f.)

... „Mildernde Umstände dürfen wir aber denn doch ins Treffen führen. Die Restauration der alten Herrschaftsformen in ganz Westeuropa und namentlich in der Bundesrepublik Deutschland, wo die Nazis von ihr profitierten, hat uns entmutigen, hat uns den Sinn für Proportionen verlieren lassen müssen.“ ... (S.264)

... „Entgegen aller Evidenz redeten wir uns ein, daß das Volk unglücklich sei über die restaurative Entwicklung, die nicht nur die alten Nazis und die Reaktionäre aller Spielarten wieder integrierte und teilweise sogar rehabilitierte, sondern im Begriff stand, greifbaren, verzehrbaren Wohlstand zu schaffen. Wir hatten ja das Zauberwort «Entfremdung» zur Hand. Die Leute aßen sich satt, hatten ihre Häuser wiederaufgebaut, wohnten ordentlich, kleideten sich gut. Was tat's? Sie waren <entfremdet> - so sehr offenbar, daß sie nicht verspürten, wie unglücklich sie waren, indem sie sich glücklich fühlten, glücklich oder zumindest so halbwegs befriedet. Die Verdammten dieser Erde zogen in freundliche Einfamilienhäuser ein und kauften Kleinwagen. Wir zuckten höhnisch die Achseln. Dafür begeisterten wir uns an Jugend-Festen in den Oststaaten, an Fotos aus China, wo die Erntearbeit, glaubte man den lachenden hübschen Gesichtern, ein pures Pläsir war, an Berichten über den Produktionszuwachs in der Sowjetunion.

Waren wir dumm? Nicht doch! Wir lasen ja die Schriften der Adorno, Sartre, Bloch, wir seziierten doch die Begriffe mit größter Präzision, wir <entmystifizierten> die kapitalistische Gesellschaft, durchdrangen scharfäugig die Mechanismen der <Manipulation>, redeten, während wir selber teilnahmen, mehr oder weniger glücklich, je nach Geschick und Ellbogenkraft, am Gesellschaftsspiel des Konsums von der <Konsumpeitsche> - als ob es nicht nur an uns gelegen wäre, keine Autos zu kaufen, sondern das Fahrrad zu benutzen, keine Moden mitzumachen, vielmehr uns zu kleiden wie chinesische Landarbeiter. Letzteres taten manche von uns in der Tat: aber das war nichts als wohlfeile Geste, denn jeder hatte ja im Schrank zumindest seinen Blazer. Was uns geschlagen hatte, das war nicht Dummheit, sondern ein ganz unverzeihlicher Geisteshochmut und eine noch viel unverzeihlichere Blindheit gegenüber den Sehnsüchten, Hoffnungen und Ängsten der Mitmenschen. Während der Begriff <konkret> in unserem Vokabular ein Schlüsselwort war, wurden wir mit jedem Tag abstrakter.“ (S. 265 f.)

... „Die Linke war präsent zum Protest, glücklicherweise, wenn es galt, eingestandene Rechtsdiktaturen zu bekämpfen: Chile, natürlich Argentinien, Iran und so viele andere. Sie schwieg sich aus, wenn gründliche und verlässliche Berichte nicht nur von den Greueln in Kambodscha sprachen, sondern von dem Unterdrückungsregime in Vietnam, für das man sich die Kehle heiser geschrien hatte. Wie gut waren doch die Tage, da man noch skandieren konnte <Hoho-ho chi-minh!> Onkel Ho ist tot. Aus dem Land, das seine Erbschaft hat antreten wollen, flüchten unausgesetzt die Menschen auf überlasteten Dschunken, wissend, daß ihre Überlebenschance gering ist und daß sie kein Obdach finden werden. Die Linke schweigt. Wahrscheinlich handelt es sich auch dort um die berüchtigten <Kinderkrankheiten des

... „Die Deutschen, und namentlich meine Freunde von der Linken, sehen gleichsam den Wald vor lauter Bäumen nicht. Ich erkenne aus der Ferne, dank der Vermittlung durch eine von mir ständig verfolgte internationale Presse, nicht nur den Wald, sondern die Konturen der Hügel und Berge. So darf ich mich denn fragen, was in Deutschland seit Kriegsende geschah, was heute vor sich geht, im Vertrauen, daß ich ein paar vernünftige Antworten finde. Einiges habe ich ja weiter oben schon angedeutet. Zunächst ging es den deutschen Menschen nicht um Ideologien, Ideale, Utopien, sondern ums bare Überstehen von Tag zu Tag. Stelle ich dies fest, ist gleich einzuhalten und von einem Denkklichee zu sprechen, dem ich selber erlag. Nach diesem krankte das Land daran, daß niemals die bürgerliche Revolution bis zum Ende durchgeführt wurde, danach: daß es sich zweimal, 1918 und 1945, die Demokratie nicht aus eigener Kraft erkämpfte, sondern sie erlitt. Mit der nicht vollzogenen bürgerlichen Revolution mag es seine Richtigkeit haben, wiewohl auch hier Fachhistoriker ihr gewichtiges Wort in die Waagschale werfen und uns etwa erklären, daß ein bestimmter Teil dieser Revolte des Dritten Standes (zum Beispiel die religiöse Toleranz) im Troß des Eroberer-Kaisers Napoleon mitgeführt wurde und daß allein darum für die Deutschen bürgerliche Freiheiten und gleichzeitige nationale Unterdrückung zu einer unauflöschlichen historischen Kontradiktion wurden. 1918 war die Sachlage schon eine andere. <Wenn wir 1918.. >, so hieß der Titel eines in der Zwischenkriegszeit vielgelesenen Buches. Ja, wenn wir... Aber auch da war es wieder so - und man denke nur an die tiefe Bitternis Thomas Manns unmittelbar nach Kriegsende - daß die Revolution so etwas wie <Fremdherrschaft> ge wesen wäre: Die bürgerlichen Revolutionäre blickten nach jenem Westen, der den sattsam bekannten, so benannten «Schmachfrieden» diktierte, die aufbrechenden proletarischen nach der Sowjetunion, über die sich sehr bald. selbst Menschen wie Rosa Luxemburg ihre traurigen Gedanken machten. Aber wie immer: eine deutsche Revolution wäre 1918 denkbar gewesen und hätte, wer weiß, dem Land ein neues, besseres Antlitz gegeben. Deutschland war unversehrt. Das Heer war, man hat das oft genug gehört, sich darüber mokiert, ohne nachzudenken, ob es nicht ein ganz winziges Körnchen Wahrheit enthielt - <im Felde unbesiegt>. Die Fabriken waren funktionsfähig, Arbeiter- und Soldatenräte hätten sich konstituieren und Verwaltung ebenso wie Wirtschaft übernehmen können. Es war das nichts Udenkbaren. Der Denkbare gegenüber stand nicht die historische Logik, sondern die Faktizität. Die Kader, imprägniert von der Dolchstoßlegende, waren nicht nur antirevolutionär, sondern klar antirepublikanisch. Die herrschenden Mächte in Wirtschaft und Industrie waren im Vollbesitz ihrer Privilegien und dachten gar nicht daran, diese preiszugeben, zumal sie ja in diesem Bezug der Billigung der Siegermächte gewiß waren. Gleichwohl war die Frage <wenn wir 1918...> legitim.“ ... (S. 269.)

... „Hier regt sich verjüngender Zorn. Soso, den Majdanek Prozeß schleppt man hin in der stillen Hoffnung, es möchten die paar überlebenden Zeugen wegsterben oder so sklerotisch werden, daß jeder miserable Schuft es kinderleicht hat, ihre Aussagen ins Lächerliche zu ziehen; aber in den Dossiers längst nur noch an ihre Arbeit und ihre Familie denkenden Studierräte sucht man nach schwarzen Punkten, die man zu gelben Flecken machen möchte. Jedoch der Zorn wird zu resignierender Trauer, wenn man sich fragt, wo denn die alte, erfahrene Linke war, während der Abläufe, die uns dahin brachten, wo wir leider stehen, ohnmächtiger denn je zuvor. Waren wir - und durchaus schließe ich mich ganz persönlich hier ein -; <auf dem Posten>? Oder fochten wir als alternde Don Quichottes gegen Windmühlen, während gleichzeitig die feindlichen Bataillone sich methodisch und nach geheiligtem Herkommen sammelten? Blicke ich zu rück, so scheint mir, wir hätten alle schmachlich versagt, und nicht nur in Deutschland. Nicht wenige von uns hatten keinen anderen Gedanken, als das obsessive Verlangen, den *Anschluß an die Jugend nicht zu verlieren*. Die Jugend ist so wenig heilig, wie

das Alter ehrwürdig ist. Dieses hat ohne jeden Anspruch auf <Weisheit>, nur auf Grund seiner Erfahrung, seiner Kenntnis (die wiederum nie persönliches Verdienst ist, einfach sich aufgesammelt in der Zeit) die soziale Pflicht zu lehren. Vergeblich stelle ich mir die penible Frage, ob wir die uns aufgegebenen Lehrarbeit auch verrichteten. Wir waren ja alle in einer verworrenen Gestimmtheit: zwischen Ressentiments, falschem Triumphgefühl und zügellosen Hoffnungen. Es fehlte uns an Heiterkeit. Wir verlangten, daß die ungeschützte, ahnungslose Jugend rede wie unser Mund; zugleich dürsteten wir danach, ihr nach dem Munde zu reden, nichtachtend der Tatsache, daß dieser Mund noch gar nicht artikulationsfähig war. Manche von uns aus dem Dritten Reich Exilierten kamen aus den USA. Dort hatten sie in Emigranten- und Intellektuellen-Gettos gelebt. Sie kannten das große, weite Land überhaupt nicht, aber stellten es hin, als wäre es zugleich die Heimat der Babbitts und der blutdürstigen Herren des *military-industrial-complex*. Das restaurative Westdeutschland, das im Hui zu einer Mini-Kopie der USA wurde und zu einer Art von atlantischer Musterfarm, wurde geschaut durch die Brillen der Amerikamüden, jener, die eben den McCarthyismus erlebt hatten und (da sie eben dem Riesenland fremd waren) nicht vorausahnen konnten, wie man drüben nicht nur mit dem fatalen Senator, sondern viel später mit dem erheblich gefährlicheren Nixon fertig wurde, wie man kraftvoll ansetzte, das Negerproblem zu lösen. Das verkehrte Amerika-Bild produzierte in unseren Köpfen ein verzerrtes Bundesrepublik-Bild: so redeten wir uns und jenen, die wir hätten lehren sollen, ein, die Bundesrepublik nebst allen ihren Atlantikpakt-Partnern sei eine Hölle, <so unbewohnbar wie der Mond>. Im Panzer einer neomarxistischen, abstrakten Begriffswelt steckend, sahen wir <Faschistoides>, weil es Banken gab und Industriekomplexe, und vergaßen über

solcher Schrecknis den gewöhnlichen Faschismus, den *Nazismus*, um präziser zu sein (denn die Gleichung: Faschismus = Nazismus geht nicht auf!) - und unterließen es auf nachgerade sträfliche Weise, die Jugend über diesen wenigstens so halb und halb aufzuklären. Statt Analysen der geschichtlichen Wirklichkeit vorzunehmen, errichteten wir Begriffskartenhäuser. Nicht über den nazistischen Alltag redeten wir - mit Ausnahme ganz weniger, wie Victor Klemperer, der über die «LII», die unbewältigte Sprache nachdachte - sondern schrien schrill <Faschismusgefahr!>, weil ein ungebildeter Marktwirtschaftsminister die Linksintellektuellen «Pinscher» nannte.“ ... (S. 275 f.)

... „Die Wahrheit ist, daß wir versagten. Drum stehen wir heute waffenlos da, wenn Drohungen sich erheben wie jene, für die der Radikalenerlaß nur als Chiffre genannt sei. Jetzt geht es darum, daß wir reinen Tisch machen: nicht nur mit den <Bedrängten>, wie es im Gesang von der Internationale heißt, sondern in unserer eigenen tristen Tafelrunde. Wir müssen uns selber, den Begriff der Linken, neu definieren und dementsprechend danach pragmatisch handeln, wobei selbstverständlich der Pragmatismus die große Utopie nicht ausschließt, sie vielmehr mit konkreten Inhalten erfüllt. Nur unter diesen Umständen werden wir gewappnet sein: nicht für <das letzte Gefecht>, das durchaus dahinsteht, nur für eine uns bevorstehende Anzahl mehr oder weniger heftiger Scharmützel, die es durchzufechten gilt, ohne Larmoyanz, ohne Verfolgungs-Obsession, ohne apokalyptische Halluzinationen. Denn: Hitler steht nicht ante portas, was immer da die französische Presse, die ich nur allzu genau verfolge, an Unsinn über Deutschland schreibt. Geschichte wiederholt sich nicht, und selbst ein <Faschismus> (der, beiläufig, noch lange kein Nazismus ist) droht nicht unmittelbar, auch dann nicht, wenn *par malheur* jener Bajuware, dessen Namen ich nicht zu nennen brauche, deutscher Bundeskanzler würde.

Was die Deutschen bedroht, ist, wenn ich richtig sehe, nicht eine Gewaltherrschaft à la Argentinien, zu schweigen von Chile oder Nicaragua. Jene, die sich derlei einbilden und entsprechend zur Gegengewaltaktion schreiten, spielen nur den wirklich gefährlichen Elementen

in die Hände, ich meine: kerndeutscher Obrigkeitsstaatlichkeit, die in den Tagen des Wilhelminismus auskam ohne Tortur, ohne alle Anzeichen physischer Brutalität, so daß der Thomas Mann der «Betrachtungen eines Unpolitischen» sich zu ihr glaubte bekennen zu dürfen. Langsam, Schritt für Schritt wird man trachten, die bürgerlichen Freiheiten einzuschränken. Dagegen werden wir nicht ankommen mit Begriffen, die dem Volk nichts sagen, auch nicht mit verhängnisträchtigen Schlagworten, wie dem von der <großen Weigerung>. Was uns obliegt, ist zunächst einmal jene Zivilcourage, die ich heute ebenso vermisse wie in den Jahren, da man mit einem offenen Wort nicht etwa eine lukrative Karriere riskierte, sondern den Kopf. Damals schlug uns die SA zusammen: heute schnüffelt irgendeine Dummnase in unserem Dossier. Die Schnüffelei dürfen wir nicht hinnehmen, im Gegenteil, wir müssen sie mit allen Mitteln, die die <formale> Demokratie uns an die Hand gibt, anfechten, und die sind nicht gering. Hierbei dürfen wir kein Risiko scheuen, ohne freilich uns gleich einzureden, wir seien jeder sein eigener Ossietzky. Unsere nimmermüde Wachsamkeit, unsere Kampfbereitschaft dürfen uns aber beide nicht dazu verleiten, <Feurio!> zu schreien, wenn noch keine Flammen aufzucken. Jenes zähe, aufmerksame, luzide und dem gesunden Menschenverstand einleuchtende Verhalten hat nichts Heroisches. Wir werden ohne Heroismus und persönliches Heilsvorhaben auskommen müssen, was bedauerlich sein mag für ein paar unter uns, die man vielleicht aus den Medien auszusperrn trachten wird, was aber ganz der großen Tragik ermangelt. Dann werden wir alte Linke, die wir Tatzeugen waren, jene Wahrscheinlichkeit wiedergewinnen, die wir verloren - und werden die Erfolgchance neuerlich haben, die wir in trüben Stunden schon verspielt glauben.

Vor uns liegt, so meine ich, nicht das große Drama mit dem historischen Kulminationspunkt eines blutigen letzten Gefechts. Wir müssen uns damit abfinden, Kleinkriege zu führen, die vor allem in geduldiger Aufklärungsarbeit bestehen: sie werden der Bevölkerung auch plausibel werden, nicht die schrillen Alarmschreie, die manche unter uns ausstoßen, und schon gar nicht die heil- und trostlosen Begriffsspekulationen, auf die keiner hinhört und die wir ja immerhin als eine Art von politischem Freizeitvergnügen pflegen können, wenn es uns danach gelüstet. Der Hitler, den wir erlebten, *wir und nur wir*, nicht die jungen Assistenten in zeitgeschichtlichen Seminaren, ist einfach nicht da, glücklicherweise. Die alten Nazis sterben weg mit uns. Gut so. Ihre Enkel, die den Anti-Charme der Uniformen und Embleme entdecken, erscheinen mir nicht - *noch* nicht! - gefährlich, wenn ich auch keineswegs Martin Walsers Meinung teile, sie seien nichts als ein blöder Karneval. Unsere Träume von 1945 gehen unter mit uns, wie traurig! Aber so will es die historische Wirklichkeit, für die sie nur Abfall sind. Man muß sich bescheiden. Nicht braune Bataillone machen gewalttätig die Straße frei für ihr Getrampel. Neue Herren mit neuen Ansprüchen sind da, sie ähneln gewiß in ihrer immensen Majorität eher Monsieur Giscard als Röhm. Ihnen haben wir mit neuen Argumenten, ja einer ganz neuen Weltvorstellung entgegenzutreten als den Widersachern von 1930 bis 1933. Aber wer sind <wir>? Nur die Abtretenden, die sich mit Hilfe statistischer Daten ungefähr ausrechnen können, wie lange ihre Stimme noch ertönen wird. Es geht um die, die nach uns kommen. Denen können wir nicht unsere Erfahrungen vermitteln. Jedoch, wir können dank eben dieser Erfahrung, unter der Voraussetzung, daß wir sie rational verarbeitet haben, ihnen ein paar Ratschläge erteilen. Dazu sind wir imstande, wenn wir unseren Zorn bändigen (was nicht heißt: ihn ersticken!). Er darf, er wird flammen, er soll es aber nur in unserer je persönlichen Erlebnis- und Erinnerungswelt. Im Augenblick, wo wir öffentlich hinaustreten vor die jüngeren Generationen, muß er schon verwandelt sein in radikale Vernunft. Vermag er diesen Prozeß nicht durchzumachen, wird er verrauchen, und nichts wird sein als ein stickiger Geruch von gestern und vorgestern.“ (S. 277 ff.) Améry: Ende

Über die Autoren

Professor Dr. Wolfgang Abendroth

* 2. Mai 1906 in Elberfeld. Studium der Staats- und Rechtswissenschaften in Frankfurt, Tübingen, Münster und Bern. A. war zuerst in der proletarischen Jugend- und marxistischen Studentenbewegung tätig und später während des gesamten Dritten Reiches aktives Mitglied der Widerstandsbewegung. 1937 wurde er wegen Vorbereitung des Hochverrats zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Anschluß kam er in das Strafbataillon 999. Gegen Ende des Krieges kämpfte er in der griechischen Partisanenbewegung. Nach seiner Rückkehr aus britischer Kriegsgefangenschaft, Ende 1946, wurde er, nach kurzem Zwischenaufenthalt in der sowjetischen Besatzungszone, Professor an der damaligen Hochschule für Sozialwissenschaften in Wilhelmshaven. Seit 1951 ist A. Professor für die Wissenschaft von der Politik an der Universität Marburg.

Veröffentlichungen u. a.:

Die aktuelle Tragweite und Fortgeltung des Potsdamer Abkommens, 1952; Die deutschen Gewerkschaften, 1954; Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, 1964; Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, 1965; Das Grundgesetz, 1966; Antagonistische Gesellschaft, 1967; Arbeiterklasse, Staat und Verfassung, 1976; Ein Leben in der deutschen Arbeiterbewegung, 1977.

Heinrich Albertz

* 22. Januar 1915 in Breslau. Studium der Theologie in Breslau, Halle und Berlin. Eintritt in die SPD. Ab 1939 war er als Vikar und Pfarrer der Bekennenden Kirche in Breslau tätig. Nach mehrmaligen Verhaftungen durch die Gestapo wurde er 1941 an die Front geschickt. 1943 verurteilten ihn die Nationalsozialisten wegen eines Fürbitte-Gottesdienstes für Pastor Martin Niemöller zu einer längeren Freiheitsstrafe.

Am 9. Juni 1948 trat A. als Minister für Flüchtlingswesen und Soziales in die Regierung von Niedersachsen ein. 1955 wurde er Mitglied des Berliner Senats; von 1961 bis 1966 als Innensenator. 1966 trat A. die Nachfolge von Willy Brandt als Regierender Bürgermeister an. Nach dem Tode des Studenten Benno Ohnesorg im Zusammenhang mit einer Demonstration gegen den Besuch des Schahs von Persien erklärte A. seinen Rücktritt. Seitdem arbeitet er wieder als Pfarrer und engagiert sich, auch publizistisch, für die Verwirklichung der Menschenrechte.

Jean Améry

* 31. Oktober 1912 in Wien. Studium der Literatur und Philosophie. Améry stand in dieser Zeit dem Wiener Kreis der Neopositivisten um Rudolf Carnap nahe, während er sich in späteren Jahren vor allem mit der Philosophie Sartres auseinandersetzte. 1938, nachdem Hitler den Anschluß Österreichs erzwungen hatte, emigrierte er nach Belgien. Als Mitglied der belgischen Widerstandsbewegung wurde er 1943 von der Gestapo verhaftet und in den Konzentrationslagern Auschwitz, Buchenwald und Bergen-Belsen bis zur Befreiung durch die

Alliierten 1945 gefangengehalten.

Seit 1945 lebte Améry als freier Schriftsteller, Journalist und Rundfunkmitarbeiter in Brüssel. Am 18. Oktober 1978 beendete er sein Leben aus freiem Willen.

Veröffentlichungen u. a.:

Geburt der Gegenwart und Gestaltungen der westlichen Zivilisation seit Kriegsende, 1963; Jenseits von Schuld und Sühne, 1966;

Über das Altern, Revolte und Resignation, 1968; Unmeisterliche Wanderjahre, 1971; Hand an sich legen, 1976; Charles Bovary, Landarzt-Porträt eines einfachen Mannes, 1977.

Heinrich Böll

* 21. Dezember 1917 in Köln. Sohn eines Bildhauers und Schreinermeisters. Nach dem Abitur begann B. 1937 eine Buchhändlerlehre, die er 1938 abbrechen mußte, als man ihn zum Reichsarbeitsdienst einzog. In das gleiche Jahr fallen die ersten schriftstellerischen Arbeiten. 1939, kurz nach Bs. Immatrikulation an der Universität Köln, wurde er zur Wehrmacht einberufen und nahm als Soldat am Zweiten Weltkrieg in Frankreich, der Sowjetunion, Rumänien, Ungarn und Deutschland teil.

Im Dezember 1945 kehrte er aus einem französischen Kriegsgefangenenlager nach Köln zurück und setzte seine schriftstellerische Arbeit fort. 1946 Wiederaufnahme des Studiums in Köln, gleichzeitig Hilfsarbeiter in einer Schreinerei und später Behördenangestellter; erste Veröffentlichungen von Kurzgeschichten in Zeitungen und Zeitschriften. Seit 1951 arbeitet er als freier Schriftsteller. 1972 erhielt er den Nobelpreis für Literatur.

Veröffentlichungen u. a.: Der Zug war pünktlich, 1949; Wanderer kommst Du nach Spa, 1950; Wo warst Du Adam, 1951; Und sagte kein einziges Wort, 1953; Haus ohne Hüter, 1954; Das Brot der frühen Jahre, 1955; Irisches Tagebuch, 1957; Billiard um halbzehn, 1959; Ansichten eines Clowns, 1963; Entfernung von der Truppe, 1964; Ende einer Dienstfahrt, 1966; Gruppenbild mit Dame, 1971; Die verlorene Ehre der Katharina Blum oder: Wie Gewalt entstehen und wohin sie führen kann, 1974; Berichte zur Gesinnungslage der Nation, 1975.

Professor Wolf Graf von Baudissin

* 8. Mai 1907 in Trier als Sohn eines preußischen Verwaltungsbeamten. 1925 Abitur und kurzes Studium der Rechte und der Geschichte in Berlin. 1926 trat B. in die Reichswehr ein. Von 1928 bis 1930 absolvierte er eine landwirtschaftliche Lehre im In- und Ausland. 1930 Wiedereintritt in die Reichswehr und Besuch der Kriegsakademie. Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs diente B. als Generalstabsoffizier im Afrikakorps und geriet 1942 vor Tobruk in

britische Gefangenschaft.

1947 aus der Kriegsgefangenschaft im Mittelosten und Australien entlassen, gründete B. eine Töpferwerkstatt zusammen mit seiner Frau. 1951 Eintritt in die Dienststelle Blank als Referats und später Unterabteilungsleiter Innere Führung. Von 1958 bis 1961 Kommandeur einer Brigade in Göttingen. Anschließend war er in verschiedenen Stabsstellungen in der NATO und als Kommandeur des Nato Defense College tätig. Seit 1968 ist B. Wehrbeauftragter und seit 1971 Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.

Veröffentlichungen u. a.:

Soldaten für den Frieden; Entwürfe für eine zeitgemäße Bundeswehr, 1969; Entspannung ohne Frieden, 1977; Der Frieden und der Ernstfall, 1977; außerdem erschienen von Wolf Graf von Baudissin zahlreiche Aufsätze und Beiträge in Fachzeitschriften und Sammelbänden.

Bernt Engelmann

* 20. Januar 1921 in Berlin. 1938 Abitur in Düsseldorf. Zuerst zum Arbeitsdienst und später zur Wehrmacht eingezogen, war er zuerst auf Sylt und später an der französischen Kanalküste stationiert. 1942 wurde er nach einer Verwundung aus der Armee entlassen und begann in Düsseldorf zu studieren. Außerdem war er als Übersetzer und Aushilfsredakteur einer Wirtschaftskorrespondenz tätig. Als aktives Mitglied der deutschen Widerstandsbewegung wurde er 1942 zum erstenmal verhaftet. 1944 erneut von der Gestapo verhaftet, lieferte man ihn in das Konzentrationslager Flossenbürg und später in das KZ Dachau ein. Im Mai 1945 wurde er von den Alliierten befreit.

Nach einem längeren Krankenhaus- und Sanatoriumsaufenthalt nahm er sein Studium der Neueren Geschichte, der Soziologie, des Internationalen Rechts und der Sprachen wieder auf. Später arbeitete er als Journalist und Sonderkorrespondent u. a. für den *Spiegel* und das NDR-Fernsehen (*Panorama*). Seit 1964 ist E. als freier Schriftsteller tätig. Er war Präsident der Deutschen Liga für Menschenrechte und wurde 1977 zum Bundesvorsitzenden des Verbands deutscher Schriftsteller gewählt.

Veröffentlichungen u. a.:

Meine Freunde die Millionäre, 1962; Die Macht am Rhein, I u. II, 1968; Deutschland ohne Juden - eine Bilanz, 1970; Das Reich zerfiel, die Reichen bleiben, 1972; Wir Untertanen, 1974; Einig gegen Recht und Freiheit, 1975; Großes Bundesverdienstkreuz, 1975; Trotz alledem - deutsche Radikale 1777 - 1977, 1977; Hotel Bilderberg, 1977; Preußen. Land der unbegrenzten Möglichkeiten, 1979.

Axel Eggebrecht

* 10. Januar 1899 in Leipzig. Besuch des humanistischen Gymnasiums. 1917/18 nahm E. als Soldat am Ersten Weltkrieg teil und wurde in Flandern schwer verwundet. Nach Kriegsende studierte er zwei Jahre Germanistik und Philosophie und arbeitete seit 1921 als Vertreter, Hilfskraft beim Film und Packer. Als Mitglied der KPD, aus der er 1925 wieder austrat, war er zweimal je ein halbes Jahr in Rußland. Seit 1925 Mitarbeiter der *Weltbühne*, der *Literarischen Welt* und vieler Zeitungen. Nach der Machtergreifung Hitlers wurde er verhaftet und war einige Zeit im Konzentrationslager. Später wurde ein Berufsverbot über ihn verhängt; er brachte sich schließlich durch Mitarbeit an Unterhaltungsfilmen durch. E. war einer der Mitbegründer des NWDR in Hamburg nach 1945. Seit 1949 ist er wieder als freier Schriftsteller tätig. Bis 1973 war er als freier Mitarbeiter ständiger Kommentator im Hörfunk des NDR sowie Leiter des dortigen Nachwuchsstudios.

Veröffentlichungen u. a.:

Katzen, 1927; Leben einer Prinzessin, 1929; Weltliteratur, 1948; Volk ans Gewehr! Eine Berliner Chronik, 1959; Der halbe Weg. Zwischenbilanz einer Epoche, 1975.

Professor Dr. Walter Fabian

* 24. August 1902 in Berlin. Als Gymnasiast Aktivitäten in der Schülerselbstverwaltung im <Bund Entschiedener Schulreformer> und erste journalistische Arbeiten. Von 1920 bis 1925 Studium der Pädagogik, Philosophie und Psychologie an den Universitäten Berlin, Freiburg i. B., Leipzig und Gießen; Promotion zum Dr. phil. Aktives Mitglied in der Studenten-, Friedens- und Arbeiterbewegung. Tätigkeiten als politischer Redakteur, freier Publizist und Lehrer in der Erwachsenenbildung. Ab 1933 illegale Arbeit in Deutschland, unter anderem als Reichsleiter der Sozialistischen Arbeiter Partei. Einer drohenden Verhaftung entzog er sich durch die flucht in die Tschechoslowakei. In der Folgezeit lebte er als Emigrant in Frankreich, Nordafrika und der Schweiz. 1937 Ausbürgerung und Aberkennung des Dokortitels. 1957 kehrte F. aus dem Schweizer Exil in die Bundesrepublik zurück und arbeitete u. a. als Chefredakteur der *Gewerkschaftlichen Monatshefte*. Daneben seit 1960 Lehrauftrag für Erwachsenenbildung und außerschulische Jugendbildung, zunächst an der Hochschule für Erziehung und später an der Universität Frankfurt. Seit 1965 Honorarprofessor.

Veröffentlichungen u. a.:

Die Friedensbewegung - Ein Handbuch der Weltfriedensströmungen der Gegenwart, 1922; Die Kriegsschuldfrage, 1925; Klassenkampf um Sachsen, 1930 - Neudruck 1972; Leitartikel bewegen die Welt (Anthologie), 1964; Plädoyers für eine Europäische Sicherheitskonferenz, 1972.

Professor Dr. Ossip Flechtheim

* 5. März 1909 in Nikolajew in Rußland. F. wuchs ab 1910 in Deutschland auf. Von 1927 bis

1931 studierte er Rechts- und Staatswissenschaften an den Universitäten Berlin, Freiburg i. B., Heidelberg, Köln und Paris. Nach der Promotion zum Dr. jr. war er als Referendar tätig, wurde dann aber 1933 aus politischen und <rassischen Gründen> von den Nationalsozialisten entlassen. 1935 wurde er wegen seiner Mitgliedschaft in der illegalen Gruppe <Neu Beginnen> verhaftet. Im gleichen Jahr emigrierte er in die Schweiz. Ab 1939 Dozent und Professor an verschiedenen Hochschulen in den USA.

Von 1946 bis 1947 amtierte er als Sektions- und Bürochef im Amt des US-Hauptanklägers für Kriegsverbrechen in Nürnberg. Seit 1959 Professor für die Wissenschaft von der Politik an der

Freien Universität Berlin. Er ist Vizepräsident der Internationalen Liga für Menschenrechte in Berlin.

Veröffentlichungen u. a.:

Hegels Strafrechtstheorie, 1936 (Neuaufgabe 1975); Die KPD in der Weimarer Republik, 1948 (Neuaufgabe 1969, 1976); Grundlegung der Politischen Wissenschaft, 1958; Dokumente zur partei politischen Entwicklung in Deutschland seit 1945 (9 Bde.), 1962; Futurologie - Der Kampf um die Zukunft, 1971; Parteien der BRD, 1976; Zeitgeschichte und Zukunftspolitik, 1974; Ausblick in die Gegenwart, 1974.

Professor Dr. Eugen Kogon

* 2. Februar 1903 in München. Studium der Nationalökonomie und Soziologie an den Universitäten München, Florenz und Wien. Bereits während seiner Schul- und Studienzeit Pazifist und aktiver Verfechter der Arbeitnehmerinteressen, begann seine politische und publizistische Laufbahn in den Jahren von 1927 bis 1934 in Wien. In dieser Zeit war er Redakteur an der Wochenzeitschrift *Schönere Zukunft* und Berater der Zentralkommission der Christlichen Gewerkschaften. 1937 wurde er wegen antinationalsozialistischer Aktivitäten im Deutschen Reich zweimal in Haft genommen. Am 12. März 1938 erfolgte auf Grund der von der Gestapo mitgebrachten Listen seine endgültige Verhaftung in Wien. Nach langer Gestapohaft wurde er 1939 in das Konzentrationslager Buchenwald eingeliefert, dort war er bis zur Befreiung 1945 durch die Alliierten. Ab 1943 war er im aktiven Widerstand innerhalb des Lagers tätig.

Nach der Befreiung aus dem KZ war er zunächst für die Psychological Warfare Division des damaligen Alliierten Hauptquartiers tätig. Seit April 1946 ist er zusammen mit Walter Dirks Herausgeber der Monatsschrift für Kultur und Politik *Frankfurter Hefte*. 1949 erster Präsident der deutschen Europa-Union sowie Vorsitzender des Exekutiv-Komitees des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung. Von 1951 bis zur Emeritierung 1968 lehrte K. als ordentlicher Professor für die Wissenschaft von der Politik an der Technischen Hochschule in Darmstadt. 1967 wurde er zum Vorsitzenden der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft gewählt.

Veröffentlichungen u. a.:

Der SS-Staat - Das System der deutschen KZ, 1946; Die unvollendete Erneuerung - Deutschland im Kräftefeld, Aufsätze aus zwei Jahrzehnten, 1963; Lenin - Ein biographischer Essay, 1970; Die Stunde der Ingenieure, 1976. Mitherausgeber der Enzyklopädie <Die Großen der Weltgeschichte>.

Fritz Sänger

* 24. Dezember 1901 in Stettin. Nach Beendigung des Schulbesuchs, 1918, ging S. auf das Lehrerseminar nach Pyritz in Pommern und ibernahm gleichzeitig die Redaktion der Zeitschrift *Der Ruf*. 1920 trat er der SPD bei. Nach Ablegung des Examens, 1921, arbeitete er als Lokalredakteur und später politischer Redakteur des *General-Anzeigers* für *Stettin und die Provinz Pommern*. Von 1927 bis 1933 war er Redakteur der *Preußischen Lehrer-Zeitung*. 1933 wurde er auf Verlangen der Nationalsozialisten entlassen und blieb bis 1935 arbeitslos. Von 1935 bis 1943 war S. Redakteur in der Berliner Redaktion der *Frankfurter Zeitung*. Nach deren Verbot durch das Nazi-Regime arbeitete er als der Berliner Vertreter des *Neuen Wiener Tagblattes*. Seit 1936 hatte S. Kontakte zum deutschen Widerstand und beteiligte sich 1944 an der Planung einer demokratischen Presse, die nach einem erfolgreichen Attentat auf Hitler und dem folgenden Umsturz errichtet werden sollte. Nach der bedingungslosen Kapitulation, 1945, wurde er von der amerikanischen Besatzungsmacht als Sonderbeauftragter für die ehemals Verfolgten des Nazi-Regimes eingesetzt. 1947 wählten die deutschen Zeitungsverleger S. zum Geschäftsführer und Chefredakteur des Deutschen Pressedienstes (dpd), aus dem später die Deutsche Presseagentur (dpa) entstand. Ständiger Druck der damaligen Regierungsparteien CDU/CSU veranlaßte S. 1959 zum Ausscheiden. Von 1961 bis 1969 war S. Mitglied des Deutschen Bundestages.

Veröffentlichungen u. a.:

Handbuch des Deutschen Bundestages, 1949, 1952, 1954, 1957; Soziale Demokratie, Bemerkungen zum Grundsatzprogramm der SPD, 1960; Wahlhandbuch (gemeinsam mit Klaus Liepelt), 1965; Erich Ollenhauer, Reden und Aufsätze (Herausgeber), 1964; Bestandsaufnahme 66, eine Dokumentation, 1966; Politik der Täuschungen, Mißbrauch der Presse im Dritten Reich, Weisungen, Informationen, Notizen 1933 - 1939, 1975; Verborgene Fäden, Erinnerungen und Bemerkungen eines Journalisten, 1978.